PostNL Track & Trace-Code:	] & [Datum:	2025]
----------------------------	-------------	-------

**An** den Bürgermeister, den Beamten und die Beamten oder gesetzlichen Vertreter, die im und für den Staat der Niederlande in dem geografischen Gebiet mit dem Namen der Niederlande tätig sind,

### Thema: "Warum wir nicht wählen und unsere Rechte nicht einfordern";

Sehr geehrter Bürgermeister und Stadtschreiber, sehr geehrte Bürgerinnen und Bürgermeister sowie alle Beamten bzw. gesetzlichen Vertreter,

Sie erhalten von uns einen sehr **offiziellen Brief** mit schwierigen Worten und Gesetzen. Aber dieser Brief soll Ihnen im Klartext erklären, **warum** wir das tun.

#### 1. Unser Vertrauen ist verloren gegangen:

Wir sehen, dass es viel zu viele Versprechungen **und Brüche** gibt. Wir sehen, dass Geld, das für **uns** bestimmt ist, in große Töpfe oder entfernte Projekte fließt. Wir sehen, dass **die Menschen nicht auf das hören**, was der gewöhnliche Mann und die gewöhnliche Frau brauchen.

Wenn du jemandem dein **Vertrauen** schenkst, ist das ein **Geschenk**. Dieses Geschenk ist jetzt schon zu oft zerstört worden. Deshalb sagen wir: **"Stopp! Es reicht."** 

### 2. Wählen gibt Macht:

Wenn du wählst, gibst du einigen wenigen Menschen **die Macht,** vier Jahre **lang über dein Leben zu entscheiden**. Du gibst ihnen die Erlaubnis, in deinem Namen zu reden, zu regieren und Regeln zu erlassen.

Das machen wir nicht mehr. Indem wir nicht wählen, sagen wir ganz klar: "Wir geben euch unsere Macht nicht mehr. Wir unterstützen Ihre Pläne nicht."

Das ist unsere **Freiheit**. Das ist unser **gesunder Menschenverstand**. Wir behalten unsere **Selbstbestimmung** – das Recht, über uns selbst zu entscheiden – **in unseren eigenen Händen**.

#### 3. Wir sind Menschen, keine Zahlen:

Der offizielle Brief erklärt, dass wir **lebende Menschen sind** und nicht nur die **"Bürger"-Nummer** in einem Computer. Unsere Gefühle und Wünsche sind wichtiger als die Regeln, die wir nicht mehr verstehen.

Wir bitten euch, dies zu erkennen: Unsere Handlung ist keine Faulheit. Es ist ein **Hilferuf** und eine **aktive Entscheidung**, die aus tiefer Fürsorge hervorgeht. Das ist unsere Art zu sagen: "Solange du dich so verhältst, haben wir nichts mit dir zu tun."

### 4. Was wir jetzt fragen:

Wir bitten Sie, das offizielle Schreiben ernst zu nehmen. Wenn Sie die Regeln und unsere Rechte ignorieren oder so tun, als würden wir immer noch Politik unterstützen, nennen wir das **Missbrauch**.

Deshalb haben wir in dem offiziellen Brief gesagt:

- Sie müssen spätestens innerhalb von 7 Tagen korrekt antworten,
- Wenn Sie missbrauchen, kostet es Sie viel Geld (die Geldstrafe),

Das soll dich nicht schikanieren. **Nur so** kann deutlich gemacht werden, dass wir diesmal ernst meinen, was wir sagen: **Wir sind nicht mehr vertreten. Wir sind frei.** 

Wir vertreten unseren Standpunkt, dass Sie dieses klare Signal endlich verstehen werden und dass die Politik anfangen wird, nachzudenken.

	[SIGNATUR (BLAU):]
RECHTSKR	ÄFTIGES ULTIMATUM UND WAHRUNG VON HOHEITSRECHTEN
KOMMUNI	KATIONSKANÄLE: Nur per Einschreiben mit Rückschein;
AN: der <i>Bü</i>	rgermeister der Gemeinde;
KOPIE AN:	den Beamten der Gemeinde;
[NAME DE	R GEMEINDE EINFÜGEN:
	T DER GEMEINDE EINFÜGEN:
	E DIE STADT DER GEMEINDE EIN:
- Formelle	TIMATUM UND FORMALISIERUNG DES SOUVERÄNEN RECHTS AUF SELBSTBESTIMMUNG Mitteilung über die Nichtzustimmung, Freigabe der Vertretung, Ungültigkeit und strenge zur aktiven Reaktion innerhalb von sieben (7) Tagen.
Sehr geehr	ter Bürgermeister und sehr geehrte gesetzliche Vertreter,
Der Unterz	eichnete, der <b>lebende Mensch</b> (im Folgenden: der Mann), ist die souveräne Person:
• [Vo	ollständiger Name bei der Registrierung:
••••	
	,,
	boren am [ <b>Geburtsdatum:</b> ],],
Ad Po erk	d wohnhaft in [Vollständige resse:
0	

## 1. Aktive Willenserklärung, Selbstbestimmung und Nichtigerklärung

Im Hinblick auf die geplanten Parlamentswahlen am **Mittwoch, den 29. Oktober 2025**, ist es hiermit formell, unwiderruflich und mit rechtlichen Konsequenzen, dass der Mensch **von seinem Wahlrecht keinen Gebrauch machen wird**. Bei diesem Akt handelt es sich nicht um einen Akt der Passivität, sondern um eine **aktive, rechtlich übermittelte Absichtserklärung** mit dem niederländischen Verfassungssystem.

Grundlage im Bürgerlichen Gesetzbuch (BW): Gemäß Artikel 3:33 des Bürgerlichen Gesetzbuches zielt der Wille des Menschen als Rechtsfolge auf die Wahrung der absoluten Souveränität ab. Durch den bewussten Verzicht auf das Stimmverhalten verweigert man sich ausdrücklich, das implizite

Mandatsabkommen **mit den neu gewählten Vertretern einzugehen**. Das Versäumnis, **Maßnahmen zu ergreifen**, ist daher eine **aktive**, **unverbindliche Entscheidung**, **die** durch dieses Dokument formalisiert wird.

Rechtswirkung (Nichtigkeit): Der Mann erklärt	t hiermit, dass jede <b>Handlung</b> oder <b>jeder Auftrag</b> d	es
	[SIGNATUR (BLAU):]	

Eine neu gebildete Regierung, die Generalstaaten oder die Gemeinde, die verbindliche Rechtswirkungen auf die Person, das Eigentum oder die Rechte der Person erzeugen soll und die sich aus den Wahlen vom 29. Oktober 2025 ergibt, **gilt** in Bezug auf den Mann als nichtig, solange die souveräne Willenserklärung nicht schriftlich und mit rechtlichen Gründen widerlegt wird.

## 2. Verfassungsrechtliche Befreiung von der Repräsentationspflicht (Art. 50 und 1 Gw)

Der Mensch unterscheidet grundlegend zwischen der juristischen Person "Bürger" und dem souveränen lebenden Menschen. Diese Unterscheidung hat folgende verfassungsrechtliche Konsequenzen:

- Artikel 50 der Verfassung (Vertretungsfreiheit): Aufgrund dieser ausdrücklichen
  Nichteinwilligung akzeptiert der Mensch die Vertretungsgewalt der Generalstaaten über
  seine Person, sein Eigentum und seine Arbeit nicht mehr. Die Ergebnisse der Wahlen vom 29.
  Oktober 2025 haben daher keine Rechtsgültigkeit oder Bindungskraft für den Menschen.
- Artikel 1 der Verfassung (Gleichheitsprinzip): Der Mensch verlangt, dass diese souveräne Entscheidung für die Unverbindlichkeit mit gleichem Respekt und ohne Diskriminierung behandelt wird.

### 3. Rückgriff auf die höhere Rechtsordnung und internationale Verträge (Artikel 94 der Verfassung)

Der Mensch beruft sich auf den **Präzedenzfall** der folgenden **Bestimmungen** des Völkerrechts (in Übereinstimmung mit **Artikel 94 der Verfassung**), die für alle verbindlich sind, um den natürlichen Status des lebenden Menschen zu schützen:

- Artikel 1 IPbpR: Das unveräußerliche Recht auf Selbstbestimmung ist die Grundlage für den Entzug der politischen Zustimmung.
- Artikel 3 AEMR: "Jeder hat das Recht auf Leben, Freiheit und Unverletzlichkeit der Person."
- Artikel 21 Absatz 3 AEMR: Der Wille, nicht teilzunehmen, entzieht der Autorität über die eigene Person die Grundlage.
- Artikel 8 EMRK: Das Recht auf Achtung des Privatlebens impliziert das Selbstbestimmungsrecht des Staates der Personen.

#### 4. Ultimatum: Verpflichtung zu aktiver Reaktion und stillschweigender Akzeptanz

Der Bürgermeister wurde **angewiesen**, aktiv, motiviert und schriftlich **auf die inhaltlichen Fortschritte in diesem Schreiben** zu reagieren.

Ausdrückliche Annahmebedingung: Wenn der Mensch innerhalb von sieben (7) Kalendertagen ab dem offiziellen Datum des Eingangs dieses Einschreibens keine begründete, schriftliche und negative Antwort auf die Forderung des Staates erhalten hat:

1.	Gilt dies als stillschweigende Z	Zustimmung der hierin enthaltenen souveränen
	Willenserklärung?	

[SIGNATUR (BLAU): ......]

2. Wird die Behauptung, der Mensch sei vor den rechtlichen Folgen der Wahlen sicher, als unwiderruflich angesehen und anerkannt?

## 5. Berufung auf das Widerspruchsrecht (DSGVO)

Um die hoheitliche Patientenverfügung zu stärken, beruft sich De Mens formell auf **Artikel 21 der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)** (Widerspruchsrecht).

De Mens widerspricht der Verarbeitung personenbezogener Daten, soweit diese Verarbeitung darauf abzielt, Mens an das **politische Mandat** oder die **rechtliche Vertretung** zu binden, die sich aus den Wahlen ergeben. Die Gemeinde ist verpflichtet, diese hoheitliche Willenserklärung als **formelle und dauerhafte Bestätigung** der personenbezogenen Daten zu registrieren.

### 6. Strafe und unmittelbare Haftung (Artikel 6:162 des niederländischen Bürgerlichen Gesetzbuches)

Um die erklärte Souveränität zu schützen, setzt De Mens eine sofort fällige und zahlbare Geldstrafe fest und macht den Bürgermeister, die Gemeinde und alle beteiligten Beamten persönlich und gesamtschuldnerisch haftbar für Schäden, die durch die Verletzung dieses hoheitlichen Willens verursacht werden, gemäß Artikel 6:162 des niederländischen Bürgerlichen Gesetzbuches (unerlaubte Handlung).

Im Falle einer Verletzung der Souveränität (u.a. Missachtung der Nichtigkeitserklärung oder des Einwands gegen die DSGVO):

 Führt der Verstoß zur Beschlagnahme und sofortigen Zahlung einer Strafe in Höhe von 50.000 € (fünfzigtausend Euro) pro Verstoß? Bei diesem Betrag handelt es sich um eine formalisierte Entschädigung für die Verletzung des grundlegenden, garantierten Selbstbestimmungsrechts des lebenden Menschen.

"Sie sind verpflichtet, diesen Bericht in alle relevanten Aufzeichnungen aufzunehmen und die Konsequenzen dieser strengen Weisungen zu tragen."

"Zur Kenntnis genommen"

Mit freundlichen Grüßen und unbeschadet aller Hoheitsrechte,

Der lebende Mensch:			
Vollständiger Name bei der Registrierung:			
[Datum:	2025]		

Unterschrift:		
(Unterschrift nur in BLAUER Tinte)		

## DIKTATUR DER TATSACHEN: ABSOLUTES ENDE IHRER JURISTISCHEN ILLUSION

An: Der Bürgermeister jeder Gemeinde und alle beteiligten gesetzlichen Vertreter

Betrifft: SOFORTIGER WIDERRUF DER ZUSTIMMUNG UND DIKTAT DER RECHTSWIRKLICHKEIT.

HÖREN SIE GENAU ZU UND VERSTEHEN SIE DIE GRAVEL-REALITÄT:

Dies ist eine KAMPFERKLÄRUNG gegen den Betrug, der durch absichtlich falsche Politik verursacht wird. Die Zeit der Geduld und des Einverständnisses ist VORBEI. Ihr Status und Ihre Handlungen sind RECHTSWIDRIG und die Rechtswelt hat Sie unwiderruflich bloßgestellt.

#### I. DER BETRUG DER CORPORATION IST VORBEI

Du vertrittst **EINE illegitime Regierung**, du bist nicht legitim von der Bevölkerung gewählt, sondern von einem international organisierten Verbrechersyndikat, der NGO-Regierung, als registrierte Einheit ernannt. Mit folgender Stellungnahme lehnen wir Ihre **Einladung (STEMPAS)** ab, weil wir, die Bevölkerung, Opfer des WEF sind, Agenda, die Sie als eingesetzter Umsetzer ausrollen:



"Ich muss diese Einladung leider ablehnen, da ich meine Selbstbestimmung als Mensch garantieren möchte und muss und mein totes Wesen, die korrupte NGO, nicht durch meine Geburtsurkunde ermächtigen kann, Entscheidungen in meinem Namen zu treffen oder eine Politik anzuwenden, die meinen eigenen Interessen schadet."

NACHWEIS IHRES UNTERNEHMENSSTATUS: Ihr Unternehmen ist als

Ausländische Einheit im Companies House. Der Name: DAS KÖNIGREICH DER NIEDERLANDE,

Die Rechtsform: REGIERUNG. Die Anmeldung: OE029714.



Application to register an Overseas Entity



Received for filing in Electronic Format on the:

03/05/2023

XC2PX8W2

Overseas Entity

Name:

THE KINGDOM OF THE NETHERLANDS

Country Of

NETHERLANDS

Incorporation:
Legal Form:

GOVERNMENT

Governing Law:

NETHERLANDS

Overseas Entity Address:

8 RIJNSTRAAT THE HAGUE Netherlands 2515XP

Service Address:

P.O. BOX 20061 THE HAGUE

THE HAGUE Netherlands 2500ED

**Electronically filed document for Company Number:** 

OE029714

## Dies bestätigt:

Die Niederlande sind ein Unternehmen und NICHT berechtigt, die Bevölkerung als NGO-Unternehmen zu vertreten.

**WIR SIND SOUVERÄN.** Wir folgen dem Beispiel des Hauses Oranien: König William und Königin Máxima und Prinzessin Beatrix gehen nicht wählen.

https://www.koninklijkhuis.nl/onderwerpen/rol-van-het-staatshoofd/vraag-en-antwoord/heeft-de-koning-stemrecht



## Home > Onderwerpen > Rol van het staatshoofd > Vraag en antwoord >

# Heeft de Koning stemrecht?

De Koning heeft stemrecht, maar maakt er geen gebruik van omdat hij onpartijdig is.

Aangezien stemmen in Nederland geheim is, zou dit kunnen leiden tot speculaties op welke partij de Koning stemt. Overigens zou de Koning, als dit niet het geval was, een blanco stem uitbrengen.

Ook Koningin Máxima, de Prinses van Oranje en Prinses Beatrix maken geen gebruik van hun stemrecht.

Auf diese Weise behalten sie ihre Autonomie und ihr Recht auf Selbstbestimmung. "Wir beanspruchen und garantieren das gleiche Recht."

## II. IHNEN DER RECHTSBODEN ENTZOGEN WURDE

Sie handeln nach Gesetzen, die **von** der Autorität des Obersten Gerichtshofs der USA weltweit aufgehoben wurden. Da wir unter den Besatzern des Zweiten Weltkriegs stehen, gelten auch diese Gesetze

#### in ganz Europa.

1. **DIE CHEVRON-DOKTRIN IST TOT:** Die **Chevron-Doktrin** wurde am 28. Juni 2024 vom Obersten Gerichtshof der USA aufgehoben. Damit endet die 40 Jahre alte Interpretation, dass Gerichte den Interpretationen mehrdeutiger Gesetze durch die Behörden "nachgeben" mussten.

Ihre Befugnis zur Auslegung von Verordnungen wurde aufgehoben. Die Gerichte müssen nun ihr unabhängiges Urteil fällen .

- IHRE GESETZE SIND ILLEGAL: Wir unterliegen NICHT LÄNGER dem Corp Act von 1871. Eure "Polizeigesetze" sind ILLEGAL, weil sie unter das nicht existierende Gesetz "Vergebung Gottes" fallen.
- 3. **DAS STRAFRECHT:** Das einzige Gesetz, das jetzt für alle gilt, ist: Nicht töten nicht stehlen nicht drohen/zwingen und nicht die Rechte anderer Menschen verletzen.

### III. SCHLIESSUNG DES NETZES FÜR DIE STRAFJUSTIZ

Alle weiteren Maßnahmen gegen den souveränen Mann unterliegen internationalen und bundesstaatlichen Gesetzen, die darauf abzielen, Sie und Ihr Unternehmen strafrechtlich zu verfolgen:

• RICO ACT IST IN KRAFT: Der Racketeer Influence and Corrupt Organizations Act bekämpft das organisierte Verbrechen. Es konzentriert sich auf eine

**Erpressung** und gilt sowohl für juristische als auch für illegale Unternehmen.

Anführer können für Verbrechen, die von ihren Untergebenen begangen wurden, strafrechtlich verfolgt werden.

 EO 13818: DIE BLOCKADE: Die Executive Order 13818 (Donald J. Trump, 2017) erklärt den Ausnahmezustand gegen die Gefahr schwerer Menschenrechtsverletzungen und Korruption. Es BLOCKIERT das Eigentum von Personen, die direkt oder indirekt an Korruption oder Menschenrechtsverletzungen auf nationaler und internationaler Ebene beteiligt sind.

Nach dieser Verordnung ist es verboten, Straftaten gegen die Bevölkerung zu begehen oder Menschenhandel zu begehen.

 DER NÜRNBERGER KODEX: DER PROZESS: Jeder, der in Menschenhandel oder Völkermord verwickelt ist (einschließlich der Erleichterung von COVID-19-Verbrechen durch Teststellen und/oder Impfzentren), wird nach dem Nürnberger Kodex vor Gericht gestellt

## . Das Grundprinzip lautet:

Die freiwillige Zustimmung des Subjekts ist absolut unerlässlich, ohne jedes Element von Gewalt, Betrug, Täuschung, Zwang oder Übertreibung.

#### **DAS ULTIMATUM**

**DAS IST ERNST.** Ihre Position ist unhaltbar. Ihr Versagen wird nach internationalem Recht unter Berufung auf Artikel 94 der Verfassung bestraft. Der Souveräne Mann hat euch die Erlaubnis **ENTZOGEN** und **VERBOTEN**, weiterhin in unserem Namen zu handeln.

WIR FORDERN DIE SOFORTIGE EINSTELLUNG ALLER RECHTSWIDRIGEN HANDLUNGEN GEGEN DIE BEVÖLKERUNG.

BETREFF: SOFORTIGES HANDELN - GEGEN SIE WIRD STRAFRECHTLICH ERMITTELT.

**WIR WARTEN NICHT AUF IHRE ANTWORT.** Wir beobachten nur eure UNMITTELBARE HANDLUNG und die Konsequenzen davon werden **PERSÖNLICH sein.** 

IHRE VERBRECHEN WURDEN (ODER WERDEN IMMER NOCH) INTERNATIONAL GEMELDET:

VERBRECHEN UND MISSBRÄUCHE GEGEN DIE MENSCHLICHKEIT wurden bereits aus allen Ecken des geografischen Gebiets der Niederlande an die US-ARMY MILITARY POLICE EUROPE, DEPARTMENT CID (CRIMINAL INVESTIGATION DATA) für POLITISCHE KRIMINELLE HANDLUNGEN INNERHALB DER EU gegen Zivilisten gemeldet.

#### **NIEDERLANDE = RECHTLICH BESETZTES GEBIET**

Sie operieren unter einer unhaltbaren juristischen und militärischen Fiktion.

- KEIN FRIEDEN: Die Niederlande haben NIE einen Frieden unterschrieben. Die Besatzungstruppen der SHA-EF wurden am 30. November 2007 an die EUCOM US-ARMY übergeben. Die Niederlande sind und bleiben BESETZTES GEBIET unter amerikanischer Aufsicht.
- **DER BETRUG VON 1947:** Königin Wilhelmina unterzeichnete 1947 in Den Haag ein königliches Dekret, das alles auf den Weltfriedensvertrag von 1937 zurückführte, was auf dem Papier dazu führte, dass ein zweiter Krieg offiziell NIE stattfand. Dies ermöglichte es der illegalen Regierung, 1945 illegal die Macht zurückzuholen und weiterzumachen.

- ANTRAG AUF MILITÄRISCHE INTERVENTION: Im Jahr 2024 schickte ein Team von vereidigten
  Postmeistern unter der Flagge der Vereinigten Staaten (Titel 4 Kapitel 1/2/3) einen Brief an
  Präsident Donald J. Trump mit HARTEN BEWEISEN und der Bitte um eine MILITÄRISCHE
  INTERVENTION IN DEN NIEDERLANDEN. Da wir auf dem Papier immer noch offiziell
  besetztes Gebiet sind, wurde nie ein Frieden in Übereinstimmung mit den alliierten
  Besatzungstruppen unterzeichnet.
- ZUKUNFTSSZENARIO: Erinnern Sie sich an die Worte von Präsident Donald J. Trump während
  des NATO-Gipfels 2025 in Den Haag: Die Niederlande könnten durchaus der "51. Staat"
  werden, aber MIT MILITÄRISCHER INTERVENTION. Das Königspaar hält sich an das "Central
  Casting".

JEDE VERZÖGERUNG ODER MISSACHTUNG DIESER TATSACHEN IST EIN BEWEIS FÜR DIE KOMPLIZENSCHAFT BEI POLITISCHEN STRAFTATEN, SOWOHL AUF NATIONALER ALS AUCH AUF INTERNATIONALER EBENE.

## Die Pflicht zum Frieden und die Einhaltung des Briand-Kellogg-Pakts (1928)

Der lebende Mensch gründet sein Handeln auf die **grundlegende Pflicht, den internationalen Frieden und die internationale Gerechtigkeit zu wahren**. Wir lehnen ein Regierungsmodell ab, das Chaos und Zerstörung im Namen des Globalismus und des kommerziellen Gewinns auferlegt, da es dieser Pflicht zuwiderläuft.

Unsere souveräne Absichtserklärung ist eine direkte Konsequenz aus der Notwendigkeit, höhere internationale Verträge einzuhalten, einschließlich des Briand-Kellogg-Pakts von 1928 (Pariser Pakt – Allgemeiner Vertrag über den Verzicht auf den Krieg als Instrument der nationalen Politik). Dieser Vertrag, der Vorläufer der Vereinten Nationen, verurteilt und lehnt den Krieg als Instrument der nationalen Politik ab.

Komplizenschaft und Verzicht: Durch die Zahlung von direkten und indirekten Steuern (Lohnsteuer, Mehrwertsteuer usw.) werden die Bürger unwissentlich und unfreiwillig finanziell für die Finanzierung aggressiver Governance-Modelle verantwortlich gemacht. Dies birgt die Gefahr einer Komplizenschaft bei Handlungen, die gegen das Völkerrecht verstoßen.

Mit dieser Mitteilung und dem Widerruf des Mandats distanziert sich De Mens unwiderruflich von jeder Mittäterschaft bei der Finanzierung illegaler, aggressiver oder kriegerischer Aktionen und handelt damit in strikter Übereinstimmung mit den Prinzipien des internationalen Friedens.

EUER KRIEG IST EINE BETEILIGUNG AN [INTER]NATIONALEN KRIMINELLEN DECKUNGEN

AN: DIE GESETZLICHEN VERTRETER DER IRRTÜMLICHEN "REGIERUNG"

DU BLICKST NUN DIREKT IN DEN ABGRUND. ES IST ZEIT FÜR DICH, AUFZUWACHEN UND GENAU ZU VERSTEHEN, WAS DU TUST.

#### DIE GROSSE TÄUSCHUNG DES KRIEGES

Die lauten Rufe nach einem Krieg in Europa, die von Parteien wie Pvda, D66 und VVD kommen, sind **ein OBSZÖNES Ablenkungsmanöver.** Das ist keine politische Strategie, das ist ein KRIMINELLER **FINANZPLAN.** 

Ihr verkauft den bevorstehenden, **UNVERMEIDLICHEN ZUSAMMENBRUCH** des aktuellen Finanzsystems als eine 'Notwendigkeit', nur um **die WEF GREAT RESET Diktatur** umsetzen zu können.

Das ist reine, **eigennützige Korruption auf** höchstem Niveau. Ihr versucht, das finanzielle Chaos zu begraben, das ihr durch einen Krieg angerichtet habt.

#### DIE WEHRPFLICHT IST EIN ILLEGALER BEFEHL

Lassen Sie jetzt die Drohung mit einer Wiederbelebung oder Einführung der **Wehrpflicht** los. Es ist **RECHTSWIDRIG** und eine direkte Verletzung des menschlichen Rechts.

**DAS KANNST DU NICHT MACHEN!** Die einfache, harte Wahrheit ist, dass der **"STAAT DER NIEDERLANDE" keine juristische Person ist.** Du bist eine Fiktion. Sie haben keine Befugnis, Menschen zu befehlen, für ein Handelsunternehmen zu sterben.

### DER HISTORISCHE VERRAT IST HINLÄNGLICH BEKANNT

Um Ihnen einen letzten Schlag ins Gesicht zu geben, zwingen wir Sie, der Wahrheit ins Auge zu sehen:

Der **HISTORISCHE VERRAT**, der die Beteiligung der USA am Krieg garantierte, ist dokumentiert. Der sogenannte **"BRIEF AN MÁXIMA"** gibt den kalten, harten Einblick in eine geheime Verschwörung:

Der britische Geheimdienst tötete die Besatzung eines NIEDERLÄNDISCHEN U-BOOTES K 17 und sprengte das Schiff in die Luft, nachdem Präsident Roosevelt schließlich lange gebettelt hatte und Präsident Churchill ihre Erlaubnis von Königin Wilhelmina eingeholt hatte. Warum? Weil sie der holländischen Marinebesatzung von K-17 signalisiert hatten, dass die japanische Flotte in Richtung PEARL HARBOR und nicht die US NAVY in Pearl Harbor "NICHT GEWARNT WERDEN SOLLTE", kostete die gesamte Besatzung schließlich ein Seegrab.

Quelle – Beweis:

De Telegraaf, zaterdag 22 maart 1980.

MILJOENEN TELEVI-SIEKIJKERS zullen gisteravond verbijsterd en geschokt de dramatische bekentenis hebben gehoord, die de Engelse geheime agent CHRISTO-PHER CREIGHTON deed in TV PRIVÉ.

Hij zou in opdracht var.
de Engelse geheime
dienst in de Tweede Wereldoorlog een Nederlandse onderzeeër — vermoedelijk de K17 — door sabotage tot zinken hebben
gebracht.

De reden voor deze afschuwelijke daad, waarbij volgens Chreighton achtendertig Nederlandse marinemensen om het leven kwamen, zou zijn dat de K 17 de Japanse vloot zou hebben waargenomen die op weg was naar Pearl Harbour.

Churchill, aldus Chreigton, wilde dat Amerika bij de oorlog betrokken zou worden en hij was er zeker van dat Amerika dit zou doen als Pearl Harbour zou worden aangevallen. De Engelsen hadden er dus belang bij dat het Nederlandse bericht van de K 17 – de vermoedelijke onderzee-boot – nooit bekend zou worden.

**DIE SUPERMACHT USA MUSSTE IN DEN KRIEG ZIEHEN!** Das war der schmutzige Deal, um euer korruptes System in Europa zu unterstützen, sie hatten die Kontrolle (Macht) über den Finanzsektor in

Deutschland verloren. Deutschland hat den Krieg nicht begonnen, aber die Alliierten haben Deutschland 12 Mal mit schweren Angriffen bombardiert.

EURE LEGITIMITÄT IST AUF DEN LEICHEN EURER EIGENEN SEELEN AUFGEBAUT.

DENKEN SIE EINE MILLISEKUNDE LANG ÜBER DIE FOLGEN IHRER AKTUELLEN KORRUPTION UND IHREN PLATZ IN DIESER HISTORISCHEN GESCHICHTE NACH.

Der beigefügte **abschließende rechtliche Hinweis** ist der formelle und unwiderrufliche Ausdruck dieser Schlussfolgerungen und unseres **souveränen Rechts auf Selbstbestimmung, siehe Seiten 1 bis 4**.

#### ANWENDUNG DES US-AMERIKANISCHEN STRAFRECHTS

**EXECUTIVE ORDER 13818 (BLOCKADE UND KORRUPTION)** 

Die U.S. Executive Order EO 13818 ist in Kraft und zielt darauf ab, das Eigentum von Personen zu BLOCKIEREN, die an SCHWEREN MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN ODER KORRUPTION beteiligt sind.

Dieses Dekret **verbietet** die Begehung von Verbrechen gegen die Bevölkerung. Diese Gesetze gelten auch in ganz Europa, denn Europa **würde unter den** "Besatzer" des Zweiten Weltkriegs (die USA) fallen.

**EO 13818** erklärt, dass schwere Menschenrechtsverletzungen und Korruption eine **UNGEWÖHNLICHE UND AUSSERGEWÖHNLICHE BEDROHUNG** für die nationale Sicherheit und Wirtschaft der USA darstellen, und **AUTORISIERT** die Sperrung von Eigentum der Beteiligten.

DCPD-201700923 – **Executive Order 13818** – Sperrung des Eigentums von Personen, die an schweren Menschenrechtsverletzungen oder Korruption beteiligt sind:

https://www.govinfo.gov/app/details/DCPD-201700923

**Donald J. Trump (1. Amtszeit)** 

45. Präsident der Vereinigten Staaten: 2017 - 2021

Executive Order 13818 – Sperrung des Eigentums von Personen, die an schweren Menschenrechtsverletzungen oder Korruption beteiligt sind

#### Dienstag 20 Dezember 2017

Durch die Autorität, die mir als Präsident durch die Verfassung und die Gesetze der Vereinigten Staaten von Amerika verliehen wurde, einschließlich des International Emergency Economic Powers Act (50 U.S.C. 1701 ff.) (IEEPA), des National Emergencies Act (50 U.S.C. 1601 ff.) (NEA), des Global Magnitsky Human Rights Accountability Act (Public Law 114-328) (das "Gesetz"), Abschnitt 212(f) des Einwanderungs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes von 1952 (8 U.S.C. 1182(f)) (INA) und Abschnitt 301 des Titels 3 des United States Code,

Ich, Donald J. Trump, Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, glaube, dass die Verbreitung und Schwere von Menschenrechtsverletzungen und Korruption, die ganz oder zu einem erheblichen Teil außerhalb der Vereinigten Staaten ausgehen, wie diejenigen, die von Personen begangen oder geleitet werden, die im Anhang zu dieser Anordnung aufgeführt sind, ein solches Ausmaß und eine solche Schwere erreicht haben, dass sie die Stabilität der internationalen politischen und wirtschaftlichen Systeme bedrohen. Menschenrechtsverletzungen und Korruption untergraben die

Werte, die eine wesentliche Grundlage stabiler, sicherer und funktionierender Gesellschaften bilden; verheerende Folgen für den Einzelnen haben; demokratische Institutionen zu schwächen; Rechtsstaatlichkeit; gewaltsame Konflikte aufrechterhalten; Erleichterung der Tätigkeiten gefährlicher Personen; und die Wirtschaftsmärkte zu untergraben. Die Vereinigten Staaten sind bestrebt, denjenigen, die schwere Menschenrechtsverletzungen begehen oder Korruption betreiben, greifbare und signifikante Konsequenzen aufzuerlegen und das Finanzsystem der Vereinigten Staaten vor Missbrauch durch dieselben Personen zu schützen.

Ich stelle daher fest, dass schwere Menschenrechtsverletzungen und Korruption auf der ganzen Welt eine ungewöhnliche und außergewöhnliche Bedrohung für die nationale Sicherheit, die Außenpolitik und die Wirtschaft der Vereinigten Staaten darstellen, und ich erkläre hiermit einen nationalen Notstand, um dieser Bedrohung zu begegnen.

Hiermit bestimme und empfehle ich:

Abschnitt 1. (a) Sämtliches Eigentum und alle Beteiligungen an Immobilien, die sich in den Vereinigten Staaten befinden und später in die Vereinigten Staaten kommen oder in den Besitz oder die Kontrolle einer Person aus den Vereinigten Staaten der folgenden Personen gelangen, sind gesperrt und dürfen nicht übertragen, bezahlt, exportiert, zurückgezogen oder anderweitig gehandelt werden:

- i) die im Anhang dieses Beschlusses aufgeführten Personen;
- ii) jede ausländische Person, die vom Finanzminister im Benehmen mit dem Außenminister und dem Generalstaatsanwalt benannt wird:
- (A) für schwere Menschenrechtsverletzungen verantwortlich oder mitschuldig sein oder direkt oder indirekt daran beteiligt gewesen sein;
- (B) ein aktueller oder ehemaliger Regierungsbeamter oder eine Person sein, die für oder im Namen eines solchen Beamten handelt und die für Folgendes verantwortlich oder mitschuldig ist oder direkt oder indirekt daran beteiligt war:
- (1) Korruption, einschließlich der Veruntreuung von Staatseigentum, der Enteignung von Privatvermögen zur persönlichen Bereicherung, der Korruption im Zusammenhang mit Regierungsaufträgen oder der Ausbeutung natürlicher Ressourcen oder Bestechung; oder (2) die Überweisung oder Erleichterung der Überweisung von Erträgen aus Korruption;
- (C) Führer oder Beamter zu sein oder gewesen zu sein für:
- (1) eine Stelle, einschließlich einer Regierungsbehörde, die sich an einer der in den Unterabschnitten (ii)(A), (ii)(B)(1) oder (ii)(B)(2) dieses Abschnitts beschriebenen Tätigkeiten in Bezug auf die Amtszeit des Leiters oder Beamten beteiligt hat oder deren Mitglieder sich daran beteiligt haben; oder
- (2) eine Einrichtung, deren Eigentum und Interessen an Eigentum gemäß dieser Anordnung aufgrund von Aktivitäten im Zusammenhang mit der Amtszeit des Führers oder Beamten gesperrt wurden; oder
- (D) versucht hat, sich an einer der in den Unterabschnitten (ii)(A), (ii)(B)(1) oder (ii)(B)(2) dieses Abschnitts beschriebenen Aktivitäten zu beteiligen; und
- iii) jede Person, die vom Finanzminister im Benehmen mit dem Außenminister und dem Generalstaatsanwalt ernannt wird:

- (A) materielle Unterstützung, Sponsoring oder finanzielle, materielle oder technologische Unterstützung oder Waren oder Dienstleistungen für oder zur Unterstützung von:
- (1) jede in den Unterabschnitten (ii)(A), (ii)(B)(1) oder (ii)(B)(2) dieses Abschnitts beschriebene Tätigkeit, die von einer ausländischen Person ausgeübt wird;
- (2) jede Person, deren Eigentum und Interessen an Eigentum gemäß dieser Anordnung gesperrt wurden; oder
- (3) jede juristische Person, einschließlich jeder staatlichen Stelle, die sich an einer der in den Unterabschnitten (ii)(A), (ii)(B)(1) oder (ii)(B)(2) dieses Abschnitts beschriebenen Tätigkeiten beteiligt hat oder deren Mitglieder sich daran beteiligt haben, wenn die Tätigkeit von einer ausländischen Person ausgeübt wird;
- (B) im Besitz oder unter der Kontrolle einer Person stehen oder direkt oder indirekt für oder im Namen einer Person gehandelt oder behauptet haben, für oder im Namen einer Person zu handeln, deren Eigentum und Interessen an Eigentum gemäß dieser Anordnung gesperrt wurden; oder
- (C) versucht hat, sich an einer der in den Unterabschnitten (iii)(A) oder (B) dieses Abschnitts beschriebenen Aktivitäten zu beteiligen.
- (b) Die Verbote in Unterabschnitt (a) dieses Abschnitts gelten, es sei denn, dies ist in Gesetzen oder in Verordnungen, Verordnungen, Richtlinien oder Lizenzen, die gemäß dieser Verordnung erlassen werden können, vorgesehen, und ungeachtet eines Vertrags, der vor dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung abgeschlossen oder erteilt wurde.

Abschnitt 2. Die uneingeschränkte Einreise von Einwanderern und Nichteinwanderern in die Vereinigten Staaten von Ausländern, die eines oder mehrere der Kriterien in Abschnitt 1 dieser Verordnung erfüllen, wäre für die Interessen der Vereinigten Staaten schädlich, und die Einreise solcher Personen in die Vereinigten Staaten als Einwanderer oder Nichteinwanderer, wird hiermit ausgesetzt. Diese Personen werden als Personen behandelt, die unter Abschnitt 1 der Proklamation 8693 vom 24. Juli 2011 fallen (Aussetzung der Einreise von Ausländern, die Reiseverboten des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen und Sanktionen nach dem International Emergency Economic Powers Act unterliegen).

Abschnitt 3. Ich bestimme hiermit, dass Spenden der in Abschnitt 203(b)(2) des IEEPA (50 U.S.C. 1702(b)(2)) genannten Arten von Gegenständen durch, an oder zugunsten einer Person, deren Eigentum und Interessen an Eigentum gemäß dieser Anordnung gesperrt sind, meine Fähigkeit erhöhen, mit dem in dieser Anordnung verfügten nationalen Notstand umzugehen, und ich verbiete hiermit solche Spenden, wie in Abschnitt 1 dieser Anordnung vorgesehen.

Abschnitt 4. Zu den Verboten in Abschnitt 1 gehören:

- (a) einen Beitrag oder die Bereitstellung von Geldern, Waren oder Dienstleistungen durch, an oder zugunsten einer Person zu leisten, deren Eigentum und Interessen an Eigentum gemäß dieser Anordnung gesperrt sind; und
- (b) die Entgegennahme eines Beitrags oder die Bereitstellung von Geldern, Gütern oder Dienstleistungen von einer solchen Person.

Abschnitt 5. (a) Jede Transaktion, die eines der in dieser Anordnung enthaltenen Verbote vermeidet oder vermeidet, darauf abzielt, es zu umgehen oder zu vermeiden, verursacht oder versucht, gegen eines der in dieser Anordnung enthaltenen Verbote zu verstoßen, ist verboten.

(b) Jede Verschwörung, die gebildet wird, um gegen eines der Verbote in dieser Anordnung zu verstoßen, ist verboten.

Abschnitt 6. Für die Zwecke dieses Beschlusses gelten folgende Begriffsbestimmungen:

- a) bedeutet der Ausdruck "Person" eine natürliche oder juristische Person;
- (b) Der Ausdruck "Unternehmen" bedeutet eine Personengesellschaft, einen Verband, einen Trust, ein Joint Venture, eine Gesellschaft, eine Gruppe, eine Untergruppe oder eine andere Organisation; und
- (c) Der Ausdruck "Person in den Vereinigten Staaten" bezeichnet jeden Bürger der Vereinigten Staaten, einen Ausländer mit ständigem Wohnsitz, eine Einrichtung, die nach den Gesetzen der Vereinigten Staaten oder einer Gerichtsbarkeit innerhalb der Vereinigten Staaten (einschließlich ausländischer Tochtergesellschaften) organisiert ist, oder jede Person in den Vereinigten Staaten.

Abschnitt 7. Für diejenigen Personen, deren Eigentum und Eigentumsinteressen gemäß dieser Anordnung gesperrt wurden und die möglicherweise eine verfassungsmäßige Präsenz in den Vereinigten Staaten haben, stelle ich fest, dass aufgrund der Möglichkeit, Geld oder andere Vermögenswerte sofort zu transferieren, diese Personen im Voraus über Maßnahmen informiert werden, die gemäß dieser Anordnung zu ergreifen sind, diese Maßnahmen unwirksam machen würden. Ich weise daher darauf hin, dass es für die Wirksamkeit dieser Maßnahmen bei der Bewältigung des in dieser Verordnung erklärten nationalen Notstands nicht erforderlich ist, dass eine vorherige Notifizierung über eine Aufnahme in die Liste oder eine Feststellung im Rahmen dieser Verordnung erforderlich ist.

Abschnitt 8. Der Finanzminister wird hiermit ermächtigt, in Absprache mit dem Außenminister solche Maßnahmen zu ergreifen, einschließlich der Verabschiedung von Regeln und Vorschriften, und alle mir durch das IEEPA und das Gesetz übertragenen Befugnisse in dem Umfang auszuüben, der zur Ausführung dieser Anordnung und von Abschnitt 1263(a) des Gesetzes in Bezug auf die darin enthaltenen Bestimmungen erforderlich ist. Der Finanzminister kann in Übereinstimmung mit geltendem Recht jede dieser Funktionen an andere Beamte und Behörden der Vereinigten Staaten delegieren. Alle Behörden haben alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, die in ihrer Zuständigkeit stehen, um diese Anordnung auszuführen.

Abschnitt 9. Der Secretary of State wird hiermit ermächtigt, solche Maßnahmen zu ergreifen, einschließlich der Verabschiedung von Regeln und Vorschriften, und von allen mir durch die IEEPA, die INA und das Gesetz übertragenen Befugnisse Gebrauch zu machen, die zur Ausführung von Abschnitt 2 dieser Verordnung erforderlich sein können, und in Absprache mit dem Finanzminister die Berichtspflicht in Abschnitt 1264(a) des Gesetzes in Bezug auf die in Abschnitt 1264(b)(2) dieses Gesetzes vorgesehenen Berichte. Der Außenminister kann in Übereinstimmung mit geltendem Recht jede dieser Funktionen in Übereinstimmung mit geltendem Recht an andere Amtsträger und Behörden der Vereinigten Staaten delegieren.

Abschnitt 10. Der Finanzminister wird ermächtigt, im Benehmen mit dem Außenminister und dem Generalstaatsanwalt festzustellen, dass die Umstände die Sperrung des Vermögens und der Eigentumsrechte einer im Anhang zu diesem Dekret aufgeführten Person nicht mehr rechtfertigen, und die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um dieser Bestimmung Wirkung zu verleihen.

§ 11. Der Finanzminister wird hiermit ermächtigt, in Absprache mit dem Außenminister dem Kongress wiederkehrende und abschließende Berichte über den in dieser Verordnung verkündeten nationalen

Notstand in Übereinstimmung mit Abschnitt 401(c) des NEA (50 U.S.C. 1641(c)) und Abschnitt 204(c) des IEEPA (50 U.S.C. 1703(c)) vorzulegen.

Abschnitt 12. Diese Anordnung tritt am 21. Dezember 2017 um 12:01 Uhr Eastern Standard Time in Kraft.

§ 13. Diese Anordnung ist nicht dazu bestimmt und begründet keine materiellen oder verfahrensrechtlichen Rechte oder Vorteile, die von einer Partei gegen die Vereinigten Staaten, ihre Ministerien, Agenturen oder Einrichtungen, ihre leitenden Angestellten, Mitarbeiter oder Vertreter oder eine andere Person durchsetzbar sind, und schafft auch nicht.

**DONALD J. TRUMP** 

Das Weiße Haus,

20. Dezember 2017.

**HINWEIS:** Diese Durchführungsverordnung und der beigefügte Anhang wurden am 21. Dezember vom Büro des Pressesprechers veröffentlicht und am 26. Dezember im Federal Register veröffentlicht.

\_\_\_\_\_

### RICO ACT (ORGANISIERTES VERBRECHEN)

Der Racketeer Influence and Corrupt Organizations Act (RICO) ist ein Bundesgesetz aus dem Jahr 1970

Bekämpfung der organisierten Kriminalität.

Das RICO-Gesetz gilt für diejenigen, die in einem Unternehmen an einem MUSTER VON ERPRESSUNGSAKTIVITÄTEN beteiligt sind.

Das Gesetz macht es ILLEGAL, ein Unternehmen durch ein Muster von Verbrechen wie BETRUG UND BESTECHUNG zu führen.

https://www.law.cornell.edu/wex/racketeer\_influenced\_and\_corrupt\_organizations\_act\_(Rico)

## "Gesetz über erpresserisch beeinflusste und korrupte Organisationen (RICO):

Der Racketeer Influenced and Corrupt Organizations Act (<u>RICO</u>) ist ein Bundesgesetz (kodifiziert in<u>18</u> <u>U.S.C. §§ 1961-68</u>), das sich auf organisierte kriminelle Aktivitäten und<u>Erpressung konzentriert</u>. RICO verbessert die bestehenden strafrechtlichen Sanktionen und schafft neue <u>Rechtsgrundlagen</u> für Handlungen, die im Rahmen eines organisierten kriminellen Unternehmens begangen werden.

Das Gesetz wurde <u>ursprünglich 1970</u> als Teil einer größeren Bewegung zur Eindämmung des organisierten Verbrechens und zur Genesung von Opfern des organisierten Verbrechens <u>verabschiedet</u>. Während das ursprüngliche Statut in erster Linie auf die Mafia abzielte, deren unzusammenhängende Struktur es schwierig machte, hochrangige Mitglieder zu verurteilen, da sie nicht in der Lage war, sie direkt mit Verbrechen in Verbindung zu bringen, wurde die Anwendung des Statuts nun genutzt, um viele bemerkenswerte kriminelle Unternehmen zu zerschlagen.

RICO verhängt bei <u>Verstössen gegen das</u> Gesetz eine <u>Höchststrafe</u>von 20 Jahren Gefängnis. Wenn der Verteidiger verurteilt wird, muss er auch alle Erträge <u>einbüßen</u>, die er bei der Durchführung von Erpressungsaktivitäten für die Regierung erzielt hat. Um nach RICO verurteilt zu werden, ist ein Muster der Erpressung erforderlich. Das bedeutet, dass mindestens 2 getrennte Tätigkeiten, die als Erpressung eingestuft werden können, innerhalb von 10 Jahren stattgefunden haben müssen.

RICO ermöglicht es einer Person, die durch einen Gesetzesverstoß verletzt wurde, den dreifachen Schadenersatz zu erhalten, der durch die <u>rechtswidrige Tätigkeit des Täters</u> entstanden ist. Eine strafrechtliche Verurteilung nach RICO gegen den Angeklagten wird <u>ihn daran hindern</u>, sich gegen die Anklage zu verteidigen, wenn sie vor das <u>Zivilgericht</u> gebracht wird ."

## DER JURISTISCHE TERROR DER WAHRHEIT: IHRE AUTORITÄT IST BESCHÄDIGT

Dies ist der angeforderte Text, der formuliert wurde, um die Rechtsansprüche mit maximaler Wirkung und korrekter Sprache zu vermitteln, ohne die Kategoriebezeichnungen.

Ihre Mittäterschaft an einem politischen kriminellen Kartell verstößt gegen Artikel 140a des Strafgesetzbuches und ist ein wichtiges Instrument im Kampf gegen den Terrorismus. Es ermöglicht den Behörden, nicht nur die direkten Täter von Terroranschlägen strafrechtlich zu verfolgen, sondern auch diejenigen, die an der Planung, Finanzierung und Unterstützung solcher Aktivitäten beteiligt sind.

## I. DAS AUSLAUFEN DER CHEVRON-DOKTRIN (DIE TODESSTÄTTE)

Die Chevron-Doktrin wurde am 28. Juni 2024 vom Obersten Gerichtshof der USA im Fall *Loper Bright Enterprises gegen Raimondo* außer Kraft gesetzt.

Aufgrund dieser Abschaffung hat die Autorität der Regierungsbehörden (und damit der niederländischen "Regierung" als Unternehmen), mehrdeutige Gesetze zu interpretieren, abgenommen.

Gerichte müssen nun **ein UNABHÄNGIGES URTEIL** verwenden, um die Bedeutung von Gesetzestexten zu bestimmen, anstatt sich der Auslegung durch Bundesbehörden zu beugen. **IHRE INTERPRETATIONSBEFUGNIS IST ABGELAUFEN.** 

## MEDIZINISCHE UND ETHISCHE KONSEQUENZEN (NÜRNBERGER KODEX)

Der Nürnberger Kodex ist ein Satz von zehn ethischen Prinzipien für medizinische Experimente, die nach dem Zweiten Weltkrieg erarbeitet wurden.

JEDER, der in MENSCHENHANDEL oder VÖLKERMORD verwickelt ist (und dadurch das COVID-19-VERBRECHEN mit Test- und Impfzentren erleichtert hat), wird nach dem Nürnberger Kodex vor Gericht gestellt.

Der Nürnberger Kodex besagt, dass **die FREIWILLIGE ZUSTIMMUNG** des Subjekts **ABSOLUT UNERLÄSSLICH** ist, ohne jede Form von **ZWANG**, **TÄUSCHUNG ODER TÄUSCHUNG**.

#### **DER JURISTISCHE TERROR IST VORBEI!**

AN: DIE GESETZLICHEN VERTRETER DER BETRÜGERISCHEN GESELLSCHAFT

STOPPT EURE FIKTIONALE HANDLUNG. DIE LÜGEN SIND NICHT MEHR HALTBAR.

**UM ES KLAR ZU SAGEN:** Der sogenannte **Staat der Niederlande** ist **KEINE EINHEIT.** Es ist eine **ILLUSION,** eine **JURISTISCHE FIKTION -** ein **TRUST/UNTERNEHMEN**, das auf Täuschung basiert ! Sie sind kein Vorstand, sondern ein Handelsunternehmen, das als gewöhnliche BV mit Angeboten in der City of London registriert ist!

**DIESES UNTERNEHMEN HAT EINEN FEHLER GEMACHT:** Sie sind besessen von einem **REGISTRIERTEN GEIST**, einem **legalen POO**, den Sie die "**PERSON**" (**BSN, BRP**) nennen. **WIR SIND NICHT DIESE EINHEIT!** Der Mensch aus Fleisch und Blut taucht **NICHT** in euren schmutzigen Papieren auf.

IHR BETRUG WURDE VON IHRER EIGENEN ELITE VERÖFFENTLICHT

**ENDGÜLTIGE ERKLÄRUNG: DIE TÄUSCHUNG IST ENDLICH** 

AN: DIE GESETZLICHEN VERTRETER DER BETRÜGERISCHEN REGIERUNG

DU STEHST FÜR DIE WAHRHEIT. DEINE FANTASIE IST NICHT MEHR UNSERE REALITÄT.

Euer ganzer Betrug wurde bereits 2007 von Königin Máxima selbst ausgespuckt. Als sie sprach: »Der Holländer? Nein, ich habe ihn nicht gefunden", das war kein Unsinn, sondern das BEKENNTNIS, dass es den "HOLLÄNDER" in Wirklichkeit nicht gibt! Es ist eine LEGALE FANTASIE, die ihr missbraucht, um den Menschen zu unterdrücken.

WIR HABEN DAS RECHT, DIE GESAMTE VERTRAGSKETTE ABZULEHNEN

WIR, DIE BEVÖLKERUNG, AKZEPTIEREN KEINEN VERTRAGLICHEN ZWANG MEHR, DER UNSEREN INTERESSEN SCHADET UND WEITERHIN SCHADET.

Jeder Versuch, uns zu zwingen, eine "juristische Person NIEDERLANDE" zu sein, ist ein direkter Zwang, sich den VERTRAGLICHEN SCHLAFBEDINGUNGEN Ihres Bürgerlichen Gesetzbuches (BW) zu unterwerfen. Dieser Code ist NICHT FÜR DEN MENSCHEN! Es ist ausschließlich für die FIKTIVE PERSON!

**EURE ILLUSION STEHT AM RANDE DES ZUSAMMENBRUCHS** 

IHR KONNTET NUR AUFGRUND UNSERER IGNORANZ UND BETEILIGUNG AN DIESER TÄUSCHUNG EXISTIEREN.

DAS IST DIE HARTE WAHRHEIT: Das System existiert nur in der Fiktion. ES FÄLLT! Sobald der MANN die Anerkennung ENTSCHIEDEN verweigert und den VERTRAG – den Sie heimlich ohne Wissen des MANNES mit der juristischen Person abgeschlossen haben – durch eine einfache, hoheitliche Erklärung AUFLÖST, wird Ihre Illusion ZERSTÖRT.

Die korrupte Regierung versucht immer noch verzweifelt, Konten zu sperren – ein **ULTIMATIVER AKT DER VERZWEIFLUNG** – aber **die REGISTRIERUNG IST KEINE ÜBERTRAGUNG VON RECHTEN!** 

WIR SIND WACH. IHR SPIEL IST DEFINITIV VORBEI. IHR WERDET DIE KONSEQUENZEN DER WAHRHEIT IN NAHER ZUKUNFT ZU SPÜREN BEKOMMEN.

JEDE HANDLUNG GEGEN DEN MENSCHEN IST JETZT EIN PERSÖNLICHES, INTERNATIONALES VERBRECHEN.

Wir, das Volk, wissen jetzt, dass die Wahlprogramme ein Konvent pro politischer Partei auf nationaler und lokaler Ebene sind und wir bei der Wahl unseren Stellvertreter vollständig abgeben und damit unser Recht auf Selbstbestimmung. **Und damit ist jetzt Schluss**. Sie können legal alles nachlesen, dass meine Rechte von Seite 1 bis Seite 4 korrekt sind. Dort sind auch Ihre Pflichten und Rechte aufgeführt.

#### S.H.E.A.F. GESETZ 1945 - ENGLISCH

General Dwight D. Eisenhower, Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte, gibt hiermit Folgendes bekannt:

I. Die alliierten Truppen unter meinem Kommando / sind jetzt auf deutschen Boden eingedrungen. Wir kommen als siegreiche Armee / aber nicht als Unterdrücker. Auf dem von den Kräften unter Oberbefehl besetzten deutschen Gebiet werden wir den Nationalsozialismus und den deutschen Militarismus vernichten, die Herrschaft der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei beseitigen, die NDAPR auflösen und die grausamen, harten und ungerechten gesetzlichen Bestimmungen und Einrichtungen aufheben, die von der NSDAPR geschaffen wurden.

Wir werden endlich den deutschen Militarismus loswerden, der so oft den Weltfrieden gestört hat. Die an die deutsche Regierung oder das deutsche Volk gerichteten Behörden müssen befolgt und umgesetzt werden. Dies gilt auch für Beamte, Angestellte und Angestellte aller öffentlichen und öffentlichen Unternehmen sowie für sonstige Personen, die notwendige Tätigkeiten ausüben.

**DWIGHT D. EISENHOWER** 

Artikel I

General Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte Militärregierung – Deutschland

Oberbefehlshaber des Kontrollbereichs

Verordnung Nr. 1

Straftaten und andere Straftaten

Um die Sicherheit der Alliierten zu gewährleisten und Recht und Ordnung in den besetzten Gebieten wiederherzustellen, wurde folgendes verfügt:

Artikel 1 - Verbrechen, die mit dem Tode bestraft werden können

Die folgenden Straftaten werden nach Ermessen eines staatlichen Militärgerichts mit dem Tod oder einer anderen Strafe bestraft:

- 1. Spionage;
- 2. Beziehungen zu feindlichen Kräften oder zu Personen in feindlichem Gebiet, die nicht von den Alliierten besetzt sind, es sei denn, dass die Verbindung auf einem offiziell autorisierten Weg hergestellt wird;
- 3. Übermittlung von Nachrichten, die die Sicherheit oder das Eigentum der Alliierten gefährden; oder solche Nachrichten nicht anzuzeigen, wenn der Besitz verboten ist; und unbefugte Kommunikation in Chiffre oder Chiffre;
- 4. Bewaffneter Angriff oder Widerstand gegen alliierte Streitkräfte;

- 5. Handlungen und Unterlassungen, die gegen oder unter Verstoß gegen die Bedingungen verstoßen, die Deutschland von den Alliierten anlässlich seiner Niederlage oder Kapitulation auferlegt wurden, / oder gegen andere Bestimmungen,
- 6. Handlungen oder Verhaltensweisen zur Unterstützung einer Nation, die sich im Krieg mit einer der Vereinten Nationen befindet,

oder zugunsten der NSDAP oder einer anderen Organisation, die aufgelöst wurde, oder

Von den Alliierten verboten. Dies gilt auch für die Veröffentlichung und Verbreitung schriftlicher

Drucksachen zugunsten der Vorgenannten, für den Besitz solcher Materialien zum Zwecke der

Veröffentlichung und Verbreitung sowie zur Anfechtung des Zeigens von Flaggen, Uniformen oder Insignien

solche Organisationen;

- 7. Tötung oder Angriff auf ein Mitglied der alliierten Streitkräfte;
- 8. sich fälschlicherweise als Mitglied der Alliierten Streitkräfte auszugeben oder nicht autorisierte Uniformen der Alliierten Streitkräfte zu tragen;
- 9. Unrechtmäßiger Besitz von oder Verfügungsrecht über Schusswaffen, Munition, Sprengstoffe oder andere

Kriegsmaterial oder die Übermittlung von Mitteilungen geeignet ist;

Sendeeinrichtungen jeder Art, die

- 10. Illegaler Gebrauch von Feuer oder anderen gefährlichen Waffen, Munition, Sprengstoffen oder ähnlichem Kriegsmaterial;
- 11. Erleichterung der Flucht einer von den alliierten Behörden festgenommenen Person oder Unterstützung oder Verheimlichung solcher Personen nach ihrer Flucht;
- 12. Unterstützung eines Angehörigen der Deutschen oder der mit Deutschland verbündeten Streitkräfte, um seiner Gefangennahme zu entgehen;
- 13. Ausfall des Verkehrs- oder Kommunikationssystems oder des Betriebs öffentlicher Arbeiten oder gemeinnütziger Einrichtungen;
- 14. Sabotage von Kriegsmaterial der Alliierten Streitkräfte oder von Einrichtungen oder Eigentum, die für militärische Operationen oder für die Militärregierung notwendig oder nützlich sind;
- 15. Vorsätzliche Zerstörung, Löschung, störende Wirkung oder Verheimlichung von Dateien oder Archiven jeder Art, sei es öffentlich oder privat;
- 16. Plünderung, Plünderung, Plünderung, Raub oder Schändung von Toten oder Verwundeten;
- 17. Vorsätzliche störende Beeinflussung oder Täuschung ein Angehöriger der alliierten Streitkräfte oder eine andere Person, die in ihrem Namen handelt, soweit dies im Zusammenhang mit ihren dienstlichen Pflichten steht;
- 18. Anstiftung zu oder Teilnahme an Unruhen oder Unruhen;

- 19. Diebstahl oder betrügerischer Erwerb von Eigentum, das den alliierten Streitkräften oder einem ihrer Mitglieder gehört;
- 20. Jede andere Verletzung des Kriegsrechts oder jede Unterstützung des Feindes oder eine Gefahr für die Sicherheit der allijerten Streitkräfte.

## **Artikel II** - Sonstige Straftaten

Die folgenden Vergehen werden nach Ermessen eines staatlichen Militärgerichts mit einer anderen Strafe als der Todesstrafe bestraft:

- 21 . Verstoß gegen Proklamationen, Gesetze, Verordnungen, Mitteilungen oder Befehle der Militärregierung oder eines Vertreters Ihrer alliierten Streitkräfte, die nicht ausdrücklich eine Strafandrohung enthalten, oder einer deutschen Behörde, wenn sie in Ausführung solcher Vorschriften handelt;
- 22. Unbefugter Aufenthalt im Freien während der Ausgangsbeschränkung. Sofern nicht anders öffentlich bekannt gegeben, gilt die Ausgangsbeschränkung von der Dämmerung bis zum Morgengrauen;
- 23. das Küstengebiet mit einem Fahrzeug oder auf andere Weise zu verlassen, es sei denn, es liegt eine Genehmigung der Militärregierung vor;
- 24. Bei der Bewegung eines Schiffes, eines Schiffes oder eines Luftfahrzeugs, es sei denn, dass dies von der Militärregierung genehmigt wurde;
- 25. Nicht im Besitz eines gültigen Personalausweises ohne Genehmigung zu sein;
- 26. Herstellung, Ausstellung oder wissentlicher Besitz einer falschen Lizenz, eines falschen Personalausweises oder eines anderen Dokuments, das für die Alliierten von offiziellem Interesse ist;

Übertragung der oben genannten, ob echt oder falsch, an eine unbefugte Person oder zu einem nicht autorisierten Zweck;

- 27. Fälschung oder Verfälschung von Alliierten Militär-Banknoten oder anderem Papiergeld, Metallgeld oder Wertmarken; ihr Besitz oder ihre Verbreitung, wenn Grund zu der Annahme besteht, dass sie falsch oder verfälscht sind, oder der Besitz oder die Verfügungsgewalt über Gegenstände, die für solche Zwecke geeignet sind;
- 28. ein Mitglied der Alliierten Streitkräfte an einen Ort einzuladen oder anzuweisen, der als "OffLimits" oder "Out Bounds" bezeichnet wird, oder solchen Mitgliedern an dem oben genannten Ort Waren oder Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen;
- 29. Bestechung oder Einschüchterung eines Mitglieds der alliierten Streitkräfte oder einer Person, die in ihrem Namen handelt

Bestechungsgelder anzunehmen oder anzunehmen, und 3 war im Austausch dafür, dass sie nicht den alliierten Streitkräften dienten;

30. Jegliche Programme oder Befehle der Militärregierung gegen alliierte Kriegsgefangene oder Angehörige der Vereinten Nationen in Deutschland zu verhindern oder sich ihnen zu widersetzen, die vorgenannten anzugreifen, zu berauben oder ungerechtfertigt einzusperren oder in sonstiger Weise in die Rechte dieser Kriegsgefangenen oder Untertanen einzugreifen;

- 31 . Unbefugter Besitz, unbefugte Kontrolle oder unbefugte Verfügung über Eigentum der Alliierten Streitkräfte oder eines Mitglieds davon;
- 32. Zerstörung, Verheimlichung, unbefugter Besitz oder Entfernung von Schiffen, Einrichtungen, Betriebseinrichtungen, Ausrüstungen oder anderen damit zusammenhängenden wirtschaftlichen Vermögenswerten, Plänen oder Dateien, die für die Militärregierung erforderlich sind;
- 33. wissentlich, mündlich oder schriftlich, die falsche Darstellung eines Mitglieds der alliierten Streitkräfte oder einer in ihrem Namen handelnden Person in Angelegenheiten von offizieller Bedeutung oder jede andere Täuschung oder Verweigerung der Bereitstellung von Informationen, die von der Militärregierung angefordert wurden;
- 34. Falsche Anmaßung der von den Alliierten erteilten Vollmacht;

unbefugter Besitz oder Verfügungsgewalt über einen Gegenstand, eine alliierte Uniform, echt oder gefälscht;

35. Beleidigung oder unbefugte Verfremdung schriftlicher oder schriftlicher

#### **Artikel III**

Versuche und Termine

wie der Täter bestraft wird, die Person, die versucht, eine Straftat zu begehen / oder eine solche Handlung mit einer anderen Person zu begehen versucht oder einwilligt / oder die dem Täter mit Rat oder Tat zur Seite steht, oder die für die Begehung einer Straftat verantwortlich ist, oder die eine ihr bekannt gewordene mutmaßliche Straftat nicht anzeigt, oder der mutmaßliche Täter hilft, einer Festnahme zu entgehen.

<u>Artikel IV</u> – Gesamtstrafen Der Bürgermeister oder ein anderer Hauptvertreter einer Gemeinde kann als Vertreter der Einwohner der Gemeinde für jede Straftat angeklagt und verurteilt werden, für die die Einwohner oder eine erhebliche Anzahl von ihnen als kollektiv verantwortlich angesehen werden. Gegen die Gemeinde kann eine Geldstrafe verhängt werden, wenn die genannten Personen in ihrer Eigenschaft als Vertreter verurteilt wurden und die endgültige Verantwortlichkeit festgestellt wurde.

<u>Artikel V</u> - Verantwortung für Kapitalmaßnahmen Direktoren, Vertreter oder Mitarbeiter einer juristischen Person oder Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit, eines Vereins oder einer Vereinigung sowie die Gesellschafter oder Mitarbeiter einer Handelsgesellschaft oder Kommanditgesellschaft, die in dieser Eigenschaft allein oder gemeinsam mit anderen eine Handlung oder Unterlassung einer solchen Handlung oder Unterlassung veranlassen, leiten, ermutigen oder dafür stimmen wenn die Gesellschaft, der Verein, der Verein, die Handelsgesellschaft oder die Kommanditgesellschaft für solche Handlungen oder Unterlassungen belangt werden kann, als ob die Handlung oder Unterlassung von ihnen persönlich begangen worden wäre.

#### Aus den obigen Informationen können wir folgende Schlussfolgerung ziehen.

Die Niederlande wurden am 13. Mai 1940 aufgelöst, am 18. Mai 1940 an die deutsche NS-Verwaltung übergeben, wodurch die Verfassung und das Königreich der Niederlande bis heute abgeschafft wurden, weil diese Regierungsform vom 18. Mai 1940 als Besatzungsmacht unter Deutschland immer noch in Kraft ist, die nun unter das Militärrecht der USA fällt.

Ein Land, das aufgelöst wurde und rechtlich nicht mehr existiert, kann kein Gründungsmitglied anderer Unternehmen oder Institutionen sein, die vertraglich gegründet wurden, diese Abkommen wurden durch Betrug zustande gebracht, wie z.B. die EWG, EU, UNO, NATO, WHO, WTO, EZB.

Die Einführung des Euro fällt unter **Artikel II Punkt 27**, Falschgeld, dessen sich die westliche Politik mit der korrupten EU schuldig gemacht hat, um ungedecktes Geld in Umlauf zu bringen und die Inflation bewusst als Waffe gegen die Bevölkerung durch Währungsabwertung einzusetzen.

Dies kann nur durch die Anwendung der GESARA-Gesetze unter militärischer Aufsicht behoben werden.

Alle Gesetze und Verordnungen, die seit dem 13. Mai 1940 erlassen wurden, sind nicht rechtsgültig und null und nichtig, alle **Urteile und Wahlen von 1945 bis heute sind ungültig**, da die erste Nachkriegsregierung von Wilhelmina ernannt wurde, die nicht mehr Königin war und daher nicht berechtigt war, diese Maßnahme zu ergreifen.

Daher sind die geplanten Wahlen vom 29. Oktober 2025 illegal und nach dem RICO-Gesetz und EO13818, wie bereits erwähnt, international strafbar.

Alle Bürgermeister, die in den Kommunen Migranten aufnehmen, werden dafür bezahlt und können daher als Menschenhändler gelten.

Die Interessen der Bevölkerung zu untergraben und AZC gegen den Willen des Volkes zuzulassen, ist Verrat an den Menschen, die erpresst werden, um diese Situation in einem bankrotten System zu finanzieren.

Bürgermeister machen sich der Kartellbildung GEMEINSAM und/oder im Namen der Haager Mafiapolitik und der damit verbundenen Anwaltskammern schuldig.

Polizisten, die unter dem Kommando eines Bürgermeisters stehen, erzwingen gewaltsam den Faschismus durch Beamte mit sehr niedrigem IQ ohne Gewissen und regieren indirekt mit dem Knüppel gegen die Bevölkerung auf Geheiß der Politik, die nicht unsere Interessen vertritt.

Die Bürgermeister werden überprüft, ob sie sich selbst gegen Covid impfen lassen, wenn der Test negativ ist, haben sie die Bevölkerung absichtlich in die Irre geführt und im Auftrag des Verbrecherkabinetts in Den Haag Völkermord praktiziert.

Was bedeutet, dass diese Bürgermeister Täterwissen hatten, um die Bevölkerung zu exekutieren, gewaltsam einer Psyop Angst-Propaganda zu kooperieren, dies ist die höchste Form des Verrats im Namen der Parteipolitik und Kartellbildung mit der Folge eines organisierten GENOZIDS.

Den Migranten ist es nicht erlaubt, zu wählen, das ist eine gekaufte Stimme auf Kosten des Holländers, dessen Land ein Erbrecht ist, das ist ausländische Einmischung in innere Angelegenheiten, das fällt unter das Militärstrafrecht, genauer gesagt unter Artikel 77, der den Militärverrat beschreibt. Dieser Artikel besagt, dass ein Soldat, der in Kriegszeiten dem Feind vorsätzlich Hilfe leistet oder dem Staat schadet, mit lebenslanger Haft oder einer anderen schweren Strafe bestraft wird.

Es muss eine völlige Offenheit herrschen, um zu prüfen, ob die Verweigerung der Stimme für eine kriminelle Organisation nicht in meinem Namen missbraucht werden kann, um Wahlbetrug zu verhindern.

Als Bürger mit nationalem Erbrecht und Geburtsrecht der besetzten Niederlande habe ich die Pflicht, einen Krieg abzulehnen, der nicht im Interesse der Bevölkerung ist, sondern ein Regierungs-

und Einnahmenmodell ist, um der Bevölkerung im Namen des Globalismus und des kommerziellen Gewinns für multinationale Konzerne Chaos und Zerstörung aufzuzwingen und Massenmord zu legalisieren.

Die Politik hat die Bevölkerung terrorisiert und tut dies auch weiterhin, schuldig am niederländischen Strafrecht Artikel 132a Sr, der die <u>Verherrlichung</u> terroristischer Straftaten verbietet, oder am <u>niederländischen Gesetz zur Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung</u> (Wwft), das finanzielle Risiken kontrolliert. Es könnte sich auch um eine EU-Definition handeln, die terroristische Straftaten als Handlungen definiert, die ernsthafte Angst auslösen oder Regierungen zu rechtswidrigem Handeln zwingen.

Schuld daran ist die Politik: Bilanzbetrug ist die vorsätzliche Manipulation von Finanzdaten, um Stakeholder in die Irre zu führen, mit potenziell schwerwiegenden Folgen wie hohen Geldstrafen, Strafverfolgung und Reputationsschäden. Die Verhinderung von Betrug erfordert strenge interne Kontrollen, den Einsatz von Technologien für Transparenz (z. B. Prüfpfade) und Wachsamkeit bei der Prüfung von Konten. Prüfer sind verpflichtet, in ihren Prüfungsberichten über Betrugsrisiken zu berichten, und Betrugsmeldungen können an Einrichtungen wie den Betrugs-Helpdesk gerichtet werden.

Wir möchten die Geldflüsse der Regierung kontrollieren, Betrug aufdecken, welche Geldflüsse es gegeben hat, indem wir Prämien für jede Impfung gezahlt haben, die mit dem Covid-Völkermord verabreicht wurde.

Es versteht sich von selbst , dass wir von der Armee verlangen, dass der von der Regierung am 18. Mai 1940 begangene Putsch rückwirkend wiederhergestellt wird, und dass wir von diesem Tag an bis heute alle Maßnahmen rückwirkend für null und nichtig erklären, um den Niederlanden einen rechtmäßigen souveränen Rechtsstaat wiederherzustellen und alle Verantwortlichen vor ein Gericht zu stellen.

Dieser Brief wurde übersetzt und per Einschreiben an die S.H.A.E.F. und den US-Botschafter in den besetzten Niederlanden, Herrn **Joe Popolo**, den neuen **Botschafter** der **Vereinigten Staaten** in **den Niederlanden**, geschickt.

Ich als Mensch lehne jede Behauptung von Regierungsstraßen auf der Grundlage der Täuschung aus der Vergangenheit und Gegenwart durch das NGO-Regime aus Den Haag ab, das mich nicht mehr vertreten darf, eben weil ich keine kriminelle Völkermord begehende Organisation unterstützen darf, die als Menschenhändler gegen die Bevölkerung agiert (im Folgenden: siehe Seite 1 bis Seite 4).

Die USA als Besatzer und Militärmacht Europas haben hier eine entscheidende Verantwortung zu spielen, die Einhaltung der SHAEF-Gesetze zu gewährleisten.

Dies übertrifft den NATO-Vertrag und alle westlichen Regierungen in ihrer Entscheidungsfindung vom 13. Mai 1940 durch den Verrat Wilhelminas und die Abschaffung der Verfassung und des Königreichs mit allen oben genannten Konsequenzen.

**Brief der No Cancer Foundation an Máxima 2012** 

30. Mai 2019 Der Brief an Maxima, um historisches Bewusstsein zu erlangen.

Die MH17-Lüge, <a href="https://mh370-jit-lie.blogspot.com/">https://mh370-jit-lie.blogspot.com/</a> an der Dick Schoof als Chef des AIVD beteiligt ist. Rutte der Film, <a href="mit dem https://www.bitchute.com/video/NrBrRr3OYxaA/">mit dem https://www.bitchute.com/video/NrBrRr3OYxaA/</a> Unterschrift Datum der Quellenangabe 27. Mai 2012

An: I.K.H. Prinzessin Máxima von: No Cancer Stichting vzw

**Noordeinde Paul Bellefroidlaan Palace 16** 

Postfach 30412 3500 Hasselt (Belgien)

2500 GK Den Haag Webseite: www.nocancerfondation.org

Sehr geehrter Royal, Eure Hoheit.

Wir haben die Ehre, Sie zu bitten, die Welt vor der totalen Vergiftung mit hochgiftigem krebserregendem Gift zu retten.

Als falsche Arsensäure und Chromtrioxid (Chrom VI) problematischer Sondermüll von Billiton/Shell und andere Pestizide wie Monsanto Roundup, Chemtrails Gift, Fluorid Gift, Aspartam Gift, Urlaubsgift, Strahlengift. Etc.

Dies ist das Ergebnis der Fortführung des Kabinetts Hitler aus den Niederlanden, das seit dem 18. Mai 1940 verfassungsrechtlich nicht mehr existiert.

All dies geschah auf den Bilderberg-Konferenzen, die zuerst von Prinz Bernhard, dann von Königin Beatrix und jetzt von Etienne Davignon geleitet wurden, bei denen das Nazi-Regime des Kabinetts Hitler vom Territorium der ehemaligen Niederlande aus fortgesetzt wurde, das von der Europäischen Union übernommen wurde, mit dem nächsten Schritt die totale Zerstörung unserer Demokratie im Rahmen des Europäischen Stabilitätsklausel-Mechanismus (ESM)., die am 1. Juli 2012 in Kraft treten soll.



2. September 2007: Prinzessin Máxima spricht vor dem Wissenschaftlichen Rat für Regierungspolitik (WRR) in einem Vortrag bei der Präsentation des Berichts "Identifikation mit den Niederlanden":

Die niederländische Identität existiert nicht.

Und außerdem: Es gibt nicht die Nederlander.Is es uns möglich wäre, der 51. Bundesstaat der Vereinigten Staaten zu werden?

Die Tatsache, dass die Aussprache dieser viel kritisierten Worte, Prinzessin Maxima, einen Großteil der Anstrengung erfordert, ist auf dem Foto rechts deutlich zu sehen (Quelle: 23. Februar 2009 © Verlag Tinsentiep Houten).

Dass Prinzessin Máxima dies mit großer Mühe in der Öffentlichkeit bekannt gemacht hat, ist die Rettung des Lebens auf Erden.

Dafür sind wir sehr dankbar. Dass du Recht hast und dass du (zusammen mit anderen) das Leben auf der Erde retten wirst, kannst du im Folgenden nachlesen:

1 Die Niederlande (ein Mitgliedstaat der Niederlande) hörten am 18. Mai 1940 auf zu existieren.

Am 10. Mai 1940 marschierte die deutsche Wehrmacht in die Niederlande, Belgien und Luxemburg ein.

Am Morgen des 13. Mai 1940 traf die fürstliche Familie in Harwich ein. Um 10 Uhr morgens brach die Königin Wilhelmina nach Hoek van Holland auf, wo ein englischer Zerstörer [HMS Hereward] auf sie wartete.

Eine Stunde zuvor [gegen 9 Uhr morgens] war dem Kabinett De Geer mitgeteilt worden, dass die Königin gehen würde. Es war nicht klar, wohin wir gehen sollten, am Abend um 19.20 Uhr fuhr auch der Ministerrat mit einem englischen Zerstörer von Hoek van Holland nach England ab, aber ohne

die Minister Steenberghe und Van Rijn, ohne irgendeinen Befehl an den Oberbefehlshaber General Winkelman.

Ohne Unterrichtung der Kammerpräsidenten und ohne Übertragung von Befugnissen auf die Generalsekretäre. Minister Steenberghe informierte später die Generalsekretäre und General Winkelman in einem Treffen über den Abgang der Königin und der Regierung und übertrug die Autorität an Winkelman (Quelle: Gerard's WWII Blog). https://gerard1945.wordpress.com/

Diese "Verdrängung" hatte den Weg für die deutsche Zivilverwaltung unter Seyß-Inquart geebnet. Mit allen Konsequenzen, die das mit sich bringt. In Polen geschah dies auch, weil genau wie in den Niederlanden die gesamte polnische Regierung geflohen war.

Weil Königin Wilhelmina alle Ratschläge ihrer Minister ignoriert hatte, wurden Hitlers Anwälte in den Niederlanden ignoriert.

Unter Verstoß gegen den damals geltenden Artikel 21 der Verfassung schaffte sich die niederländische Regierung selbst ab. Seyß-Inquart konnte damit Wilhelminas Platz als Reichstagsabgeordneter überholen.

Artikel 21 des Verfassungsvertrags von 1940: "Der Regierungssitz darf unter keinen Umständen außerhalb des Reiches verlegt werden."

Ab dem 18. Mai 1940 löste sich die niederländische Regierung gemäß Artikel 21 der UN-Konvention selbst auf. Verfassung von 1940 und wurde unter der Verwaltung des Kabinetts Hitler eine Provinz Deutschlands. Königin Wilhelmina wusste das bereits, bevor sie mit ihrer Regierung nach England floh.

Diese Absicht wurde durch die Tatsache bestätigt, dass am selben Tag der britische Außenminister Besuch vom französischen Botschafter erhielt, der ihm mitteilte, dass die französische Regierung sehr besorgt sei über den Brief, den Königin Wilhelmina an den französischen Präsidenten geschickt habe und der unten beigefügt sei.

Dem Brief zufolge deutete Wilhelminas Brief darauf hin, dass die niederländische Regierung beabsichtige, mit den Deutschen zu verhandeln. Dies war umso mehr der Fall, sechs Tage zuvor, am 8. Mai 1940, hatte die niederländische Presse von Prinzessin Juliana gehört, dass das Haus Oranien seinen Posten niemals verlassen würde (Quelle: Gerards Blog aus dem Zweiten Weltkrieg). <a href="https://gerard1945.wordpress.com/">https://gerard1945.wordpress.com/</a>

## THIS DOCUMENT IS THE PROPERTY OF HIS BRITANNIC MAJESTY'S GOVERNMENT

## Printed for the War Cabinet. May 1940.

SECRET.

Copy No. 43

W.M. (40)

121st Conclusions.

# TO BE KEPT UNDER LOCK AND KEY.

It is requested that special care may be taken to ensure the secrecy of this document.

# WAR CABINET 121 (40).

CONCLUSIONS of a Meeting of the War Cabinet held at 10 Downing Street, S.W. 1, on Tuesday, May 14, 1940, at 11:30 a.m.

The Netherlands. 3. The Secretary of State for Foreign Affairs said that he had been approached that morning by the French Ambassador, who had told him that the French Government were very disturbed by a message sent by Queen Wilhelmina to the French President, which they interpreted as indicating that the Netherland Government might be contemplating negotiations with the Germans.

Infolge der unrechtmäßigen "Sitzverlegung" nach England hatten die Niederlande nicht nur eine militärische Besatzung, sondern auch eine deutsche Zivilverwaltung unter Seysse-Inquart, die für den jüdischen Teil der Bevölkerung besonders fatal geworden war.

In Belgien und Dänemark - wo die Monarchen auf ihren Posten geblieben waren - überlebte die große Mehrheit der Juden den Krieg.

In Belgien waren es 90 % der belgischen Juden und 60 % der ausländischen Juden (hauptsächlich aus Deutschland und Mitteleuropa). Auch dank des dänischen Königs überlebten sogar 99% der Juden den Krieg.

Dies steht im Gegensatz zu der Tatsache, dass nur 20% der Juden den Krieg überlebten.

In Belgien und Dänemark gab es keinen "Westerbork" (Quellen: Gutman, Encyclopedie van de Holocaust und Nada van der Zee, De Groene Amsterdammer, 14. Mai 1997). (Quelle: Gerard's WWII Blog) <a href="https://gerard1945.wordpress.com/">https://gerard1945.wordpress.com/</a>

Am 18. Mai 1940 erließ Adolf Hitler den Erlass Nr. 1 über die Befugnisse der Regierung in den Niederlanden.

Am 25. Mai 1940 wandte sich Staatskommissar Seyß-Inquart an das niederländische Volk für ein besetztes holländisches Gebiet und erklärte, dass er von diesem Tag an die höchste Regierungsgewalt im Zivilbezirk in den Niederlanden übernommen habe.

Mit Verordnung vom 29. Mai 1940 übernahm Reichskommissar Seyß-Inquart in den Niederlanden alle Befugnisse, die die Verfassung und die Gesetze dem König und der Regierung übertragen hatten.

Am 5. Juni 1940 gab Reichskommissar Seyß-Inquart gemäß Hitlers Erlaß und seiner Verordnung folgende Ernennungen bekannt:

- 1, für Verwaltung und Justiz, Dr. Friedrich Wimmer;
- 2, für die öffentliche Sicherheit, SS-Brigadeführer Hanns Rauter (Oberstabssoldat und Polizeichef);
- 3, für Finanzen und Wirtschaft, Dr. Hans Fischböck;
- 4, für besondere Angelegenheiten, Reichsamtleiter Fritz Schmidt;
- 5, Vertreter des Außenministeriums, Gesandter Otto Bene;
- 6, bevollmächtigt für die Nederlandse Bank den Ministerialdirector voor bijzondere aanzaken, Staatsrat H.C.H. Wohilhat;
- 7. als Leiter der Hauptabteilung im Amt des Staatskommissars für die besetzten holländischen Gebiete, Ministerialrat Dr. Hans Piesbergen.

Hintergrund: Im Mai 1940 wurden die besetzten Niederlande einer deutschen Zivilverwaltung unter der Führung des Reichskommissars für die besetzten Niederlande, Arthur Seyß-Inquart, unterstellt. Als HSSPF unterstand Rauter Himmler, war er aber gleichzeitig Generalkommissar für Sicherheit Unterstellt von Seyß-Inquart.

Die Zentralgewalt der holländischen Regierung wurde also gebildet durch;

- 1. Staatskommissar Seyß-Inquart;
- 2, die vier Generalkommissare; Dr. Friederich Wimmer (Verwaltung und Justiz), Hanns Rauter (Öffentliche Sicherheit des SS-Brigardeführers), Dr. Hans Fischböck (Finanzen und Wirtschaft), Fritz Schmidt (Sonderbeauftragte und Reichamtsleiter).
- 3. Der Vertreter des Staatskommissars für die Provinzen; während des Zweiten Weltkriegs die Kommissare der Königin, ob in Begleitung eines Sonderbeauftragten oder nicht, war Schmidt Gebietsleiter für die niederländische Provinz Limburg.
- 4. Der Vertreter des Außenministeriums, Otto Bene;
- 5, die deutsche Vollmacht für die niederländische Bank Dr. Hans Piesbergen.

Von diesem Zeitpunkt an ernannte und entließ der Staat den Kommissar;

- 1, Mitglieder des Obersten Gerichts (Oberstes Gericht)
- 2. Der Generalstaatsanwalt und die Generalanwälte am Obersten Gerichtshof.
- 3. Die Präsidenten der Gerichtshofe;
- 4, Der Generalstaatsanwalt bei den Gerichten.

Die übrigen Gerichtsvollzieher werden vom Generalsekretär der Justiz ernannt und entlassen. Es sei denn, der Staatskommissar behält die Ernennung oder Entlassung für sich. (Quelle: Verfassungsgesetz seit 10. Mai 1940, Gemeinde Bibiotheek in Amsterdam, 24. August 1946).

Dies gibt dem Justizminister eine diktatorische Macht über alle Gerichtsvollzieher.

Von diesem Zeitpunkt an ernannte und entließ der Staat den Kommissar;

- 1, Mitglieder des Obersten Gerichts (Oberstes Gericht)
- 2. Der Generalstaatsanwalt und die Generalanwälte am Obersten Gerichtshof.
- 3. Die Präsidenten der Gerichtshofe;
- 4, Der Generalstaatsanwalt bei den Gerichten.

Die übrigen Gerichtsvollzieher werden vom Generalsekretär der Justiz ernannt und entlassen. Es sei denn, der Staatskommissar behält die Ernennung oder Entlassung für sich. (Quelle: Staatsgesetz seit 10. Mai 1940, Bibliothek der Stadt Amsterdam 24. August 1946).

Dies gibt dem Generalsekretär der Justiz eine diktatorische Macht über alle Gerichtsvollzieher.

Provinzgesetz: in Kraft getreten am 1. September 1941.

Von den Grundsätzen des neuen Provinzgesetzes im Augenblick;

- 1. dass der Bezirkskommissar die gesetzgebende und exekutive Gewalt hat;
- 2. dass der Bezirkskommissar den Weisungen der Zentralbehörde Folge zu leisten hat;

Die Provinz ist daher nur ein administrativer Teil des Staates (Quelle: Staatsgesetz seit dem 10. Mai 1940, Bibliothek der Stadt Amsterdam vom 24. August 1946).

Gemeindegesetz: in Kraft getreten am 1. September 1941.

Von den Grundsätzen des neuen Kommunalrechts im Moment;

Dass die gesamte Verwaltungsgewalt der Gemeinde in die Hände einer Person übergegangen ist, die der Bürgermeister ist; dass der Rat und der Rat des Bürgermeisters und der Schöffen abgeschafft wurden; und dass der Bürgermeister nur die Ordnungs- und Exekutivgewalt in der Gemeinde ist. Daraus folgt, dass der Bürgermeister allein für seine Verwaltungspolitik verantwortlich ist.

Diese Gemeinde ist nur ein administrativer Teil des Staates. Die Gemeinde kann sich nicht mehr auf ihre Unabhängigkeit von höheren Behörden berufen (die Provinz, die Provinz beruft sich nicht mehr auf ihre Unabhängigkeit, sondern ist an die Weisungen der höheren Organe gebunden). Mit anderen Worten, die sogenannte Autonomie der Gemeinde ist vorbei.

Somit ist die Gemeinde nur ein administrativer Teil des Staates, d.h. unter der Aufsicht des Bezirkskommissars und des Staates. (Quelle: Staatsgesetz seit 10. Mai 1940, Bibliothek der Stadt Amsterdam 24. August 1946).

Zwischen 1941 und 1943 besuchte Prinz Bernhard Lippe mehrmals die Vereinigten Staaten von Amerika. Laut mehreren Quellen, unter anderem des britischen Geheimdienstes (SIS), schrieb er während seines zweiten Besuchs (vom 20. bis 25. April 1942) einen Brief an Hitler, in dem er sich anbot, die Rolle des Stadthalters über die Niederlande zu übernehmen.

Der Brief wurde später von London über Portugal nach Berlin geschickt. Die Existenz dieses Briefes wird von der RVD bestritten, aber der geheime BVD-Agent Jan Heitink hatte tatsächlich eine Kopie des Briefes in den Händen; Signiert von Prinz Bernhard von Lippe und Juliana. Bernhard wollte ein niederländischer Nazi-Stadthalter für Hitler werden, was schließlich auf eine Art und Weise geschah, wie wir weiter unten lesen können.

Nach dem Krieg wäre die Existenz dieses Briefes für den SIS von General Eberhard Schöngarth (Kommandeur der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes und des SD) kurz vor seiner Hinrichtung bestätigt worden? Der fragliche Brief wurde in Berlin gefunden.

Bemerkenswert ist übrigens, dass Prinz Bernhard von Lippe seinen Brief genau in Amerika und nicht in London (Preston Bush?) verschickte, je mehr der Brief aus den USA verschickt wurde. (Quelle: Gerard's WWII Blog) https://gerard1945.wordpress.com/

### Nach dem Zweiten Weltkrieg

Am 5. Mai 1945 feiern die Niederlande die Kapitulation Deutschlands vor den westlichen Niederlanden. An diesem Tag wurde im Hotel De Wereld in Wageningen die Kapitulation zwischen dem deutschen General Johannes Blaskowiz und dem kanadischen General Charles Foulkes in Anwesenheit von Prinz Bernhard von Lippe unterzeichnet. Der Vertrag wurde am 6. Mai 1945 in der Aula der ehemaligen Landwirtschaftsschule neben dem Hotel de Wereld unterzeichnet.

Prinz Bernhard von Lippe war nicht anwesend. Diese Urkunde selbst befindet sich im Stadtarchiv von Wageningen und ist auf den 5. Mai 1945 in Wageningen datiert.

In Wirklichkeit handelte es sich nur um eine Vereinbarung über die technische Entwicklung der Kapitulation der deutschen Truppen in Nordwesteuropa am 4. Mai 1940 für die deutschen Truppen in den Niederlanden. (Quelle: Wikipedia).

Dies beweist, dass durch das Handeln des Prinzen Bernhard von Lippe niemand in der Lage war, die Kapitulation Deutschlands (des Kabinetts Hitler) im Namen des niederländischen Beamtenstaates oder der niederländischen Regierung rückgängig zu machen, und dass niemand der Unterzeichnung durch den unbefugten Deutschen mit General Johannes Blaskowitz und dem kanadischen General Charles Foulkes beiwohnte.

Verfassungsrechtlich bedeutet dies, dass die Niederlande seit dem 5. Mai 1945 Vollmitglied Deutschlands sind. Da keine Unterschriften geleistet wurden, bedeutet dies, dass die Niederlande seit dem 18. Mai 1940 verfassungsmäßig nicht mehr existieren und danach die Besetzung des ehemaligen Territoriums der Niederlande durch das Hitlerkabinett nach dem 5. Mai 1945 fortgesetzt wurde.

Aus diesem Grund wurden in den Niederlanden seither der Ministerpräsident, die Minister, die Staatssekretäre und Kommissare des Königs oder der Königin, die Bürgermeister, nicht gewählt, sondern vereidigt

oder vom Staatsoberhaupt ernannt werden.

Aus diesem Grund gibt es in den Niederlanden kein Verfassungsgericht, da es in den Niederlanden an legitimen Rechtsvorschriften und an Demokratie mangelt.

Im Jahr 1996 wurde das Buch Óperatie JB "The Last Great Secret of WWII" von Christopher Creighton, einem ehemaligen Agenten des britischen Geheimdienstes, veröffentlicht. Dieses Buch handelt von der Entführung von Hitlers Sekretär Martin Bormann durch ein geheimes britisches Kommando namens Sektion M im Jahr 1945. Dieser Einsatz der Operation durch Ian Flaming und das Einsatzkommando wurde Christopher Creighton anvertraut, der damals kaum 20 Jahre alt war.

Das Buch erwähnt auch das niederländische U-Boot K X VII, das angeblich am 7. Dezember 1941 von Creighton in die Luft gesprengt wurde. In einem Gespräch mit Ian Fleming, in Kapitel 9 Erinnerungen an das U-Boot werden in einem Anhang erinnert, kommt der Brief auf den Vorfall zurück.

Die Entscheidung, das niederländische U-Boot zu zerstören, fiel, als es am 28. November 1941 die japanische Flotte auf dem Weg nach Pearl Harbor überholte.

Der niederländische Kommandeur, LTZ I HC Besançon, schickte sofort eine verschlüsselte Nachricht an die Führung der britischen Marine. Diese Nachricht wurde von den Kryptographen der Sektion M abgefangen und an General Donovan in Washington DC und Major Desmond Morton vom amerikanischen und britischen Geheimdienst weitergeleitet. Beide informierten ihre Führer, Präsident Roosevelt und Winston Churchill.

Diese vier Personen wussten von dem bevorstehenden japanischen Angriff, der unter strengster Geheimhaltung gestoppt werden musste. Zu dieser Zeit waren 80 Prozent der amerikanischen Bevölkerung isolationistisch und entschieden gegen einen Krieg mit Japan oder Deutschland.

Roosevelt wollte einen Krieg mit Japan, konnte aber nicht ohne triftigen Grund den Krieg erklären. Der Überraschungsangriff auf die Schlachtschiffe in Pearl Harbor sollte ihm diesen Grund geben.

Der Grund, warum Amerika in den Krieg verwickelt wurde, sonst hätten die Japaner freie Hand, Länder wie Indien, Australien und Neuseeland und viele andere Länder im Pazifik und im Indischen Ozean zu besetzen.

Diese für die USA sehr wichtigen Rohstoffquellen könnten wahrscheinlich erst zu einem späteren Zeitpunkt unter großen Schwierigkeiten freigegeben werden. Außerdem brauchten die Briten in ihrem Kampf gegen Deutschland die Unterstützung der Amerikaner.

Da es auf Hawaii Tausende von eingewanderten Japanern gab, von denen einige als Spione für ihr Herkunftsland arbeiteten, konnte der Kriegshafen von Oahu nicht in Bereitschaft versetzt werden.

Der Angriff musste geheim gehalten werden. Wäre dies nicht der Fall gewesen, hätte Kaiser Hirohito, der darauf bestand, dass dies eine völlige Überraschung sein würde, die Angriffe angegriffen. Wenn bekannt geworden wäre, dass Roosevelt und Churchill von dem Angriff auf Pearl Harbor gewusst und nichts unternommen hätten, um ihn zu verhindern, wären sie politisch kampfunfähig gewesen. Zudem waren die alliierten militärischen Geheimdienste davon überzeugt, dass das alliierte Bündnis dann auseinanderbrechen und Japan, aber auch Deutschland freie Hand

lassen würde. Es wurde daher beschlossen, das Besatzungsmitglied XVII von Frau K. zum Schweigen zu bringen.

Sobald die Nachricht vom holländischen U-Boot eingetroffen war, erhielt es den Befehl, zum Stützpunkt in Singapur zurückzukehren. Die K XVII durfte keinen Hafen anlaufen und die Besatzung musste

von einer weiteren Berichterstattung über die japanische Flotte abzusehen.

Unter dem Namen LTZ Paul Hammond reiste Creighton mit dem Berwick Flying Boat über Nova Scotia, Kanada, San Francisco und die Insel Wake zu den Nördlichen Marianen, wo er nach Vereinbarung an Bord der K XVII ging.

Creighton besaß Vollmachten des Kommandanten des britischen U-Boot-Dienstes, Admiral Sir M. Horton, des Befehlshabers der niederländischen Marine in London, Admiral Fürstner und Königin Wilhelmina.

Diese Vollmachten gaben ihm die Befugnis, dem Kommandanten Besançon Einsatzbefehle zu erteilen, da das niederländische U-Boot unter britischem Einsatzkommando stand.

Auf einer der kleinen Marianeninseln, südlich von Pagan und etwa 800 Seemeilen vor der Küste Japans, wurden Kisten des Berwick-Flugbootes in das U-Boot geladen.

Der niederländischen Crew wurde mitgeteilt, dass sich in den Kisten Weihnachtsgeschenke von ihren Kollegen aus England befanden.

Die meisten Kisten enthalten nämlich Gin, Bier, Champagner und andere Weihnachtsartikel.

Aber in einer Kiste befand sich Zyanidgas und in zwei anderen befand sich Sprengstoff mit einem Zünder und Zeitschaltuhren. Creighton wartete auf einen verschlüsselten Funkspruch. Sollte die japanische Flotte den Angriff auf Pearl Harbor abbrechen, würde ihre Operation eingestellt.

Am darauffolgenden Sonntag, Sonntag, dem 7. Dezember 1941, erhielt der britische Geheimagent die Erlaubnis, die Operation durchzuführen. Am Abend verließ er die K XVII und kehrte zur Berwick zurück. Eine halbe Stunde später wurde das tödliche Zyanidgas freigesetzt und man konnte sehen, wie die Besatzung versuchte, aus dem U-Boot zu fliehen. Wenige Augenblicke später explodierte das Schiff und sank. Creighton stellte fest, dass es keine Überlebenden gab (Quelle: Go2War2).

Nach dem Zweiten Weltkrieg verhalf Prinz Bernhard von Lippe prominenten Nazis mit KLM zur Flucht über die Schweiz nach Argentinien, mit dem das niederländische Königshaus bis heute enge familiäre Beziehungen unterhält.

Bernhard verhalf prominenten Nazis zusammen mit dem damaligen Außenminister C.G.W.H. Baron van Boezelaar van Oosterhout (Partisan) im Kabinett Beel (KVP) zur Flucht. Mindestens zehn Nazi-Führer flohen nach dem Zweiten Weltkrieg mit Pässen des Internationalen Roten Kreuzes in Genf nach Südamerika.

Zu ihnen gehören Adolf Eichman, Josef Mengele, Franz Stangl, Klaus Barbie und Erich Priebke.

Bis 1948 lieferte das Internationale Rote Kreuz nicht weniger als 63.750 Reisedokumente an die Nazis, die von Argentinien als offizielle Dokumente anerkannt wurden.

Adolf Eichman erhielt seinen Pass am 1. Juni 1950 unter dem falschen Namen Riccardo Klement, geboren in Bozen. Am 17. Juni 1950 befand er sich bereits auf dem Boot rund um Argentinien. Hier

finden Sie auch die CIA-Dokumente über Hitlers Aufenthalt in Tunja. (Kolumbien) Quelle: Gerard's WWII blog.

Vom 24. Juni 1945 bis zum 3. Juli 1946: Da die Niederlande seit dem 18. Mai 1940 verfassungsmäßig nicht mehr existierten, konnten in den Niederlanden nach dem Krieg keine demokratischen Wahlen mehr ausgerufen werden.

Deshalb ernannte Königin Wilhelmina als Nachfolgerin Adolf Hitlers das erste Nachkriegskabinett Schermerhom-Drees (( bestehend aus Ministern der SDAP (1946 mit VDB und CDU in der PVDA aufgegangen), dem CHU-Mitglied Lieftink (später PVDA) und RKSP (besser KVP), sowie fünf parteilosen Ministern, von denen zwei später Mitglieder der PVDA wurden)).

Unter ihrer Führung wurde das Kabinett Hitler so als illegales Staatsoberhaupt weitergeführt. Dieses Nachfolgekabinett Hitler war ein gefälschtes "königliches" Kabinett und wird auch als "Notfallkabinett" bezeichnet werden.

Um dieses fortgeführte Hitler-Kabinett auf ehemals niederländischem Territorium unter der Führung des ehemaligen niederländischen Staatsoberhauptes Königin Wilhelmina weiterführen zu können, wurde es notwendig, dass das nächste Kabinett von der PVDA als Nachfolgerin der deutschen NSDAP und KVP gebildet wurde, denn Kardinal Pacelli (später Papst Puis XII. und Franz von Papen, Vizekanzler der Bundesrepublik Deutschland, unter Reichskanzler Adolf Hitler (seit dem 30. Januar 1933), wurde am 8. Juli 1933 zum Mitglied der Reichsrätin ernannt, wobei Artikel 14 folgende Passage enthält:

Die Ernennung von Erzbischöfen, Bischöfen usw. darf erst veröffentlicht werden, wenn der Gouverneur des Staates sich ordnungsgemäß vergewissert hat, dass keine Einwände allgemeiner politischer Art vorliegen.

Franz von Pape wurde nach diesem Kardinal Pacelli mit dem hohen päpstlichen Orden des Großkreuzes des Piusordens ausgezeichnet. Dies ermöglichte es Hitler, mit Unterstützung des Vatikans ein Einparteienregime zu errichten, denn der Vatikan entzog der "Deutschen Zentrumspartei" die Unterstützung (Quelle: Wikipedia).

Von da an hatte Hitlers Kabinett "Die Errichtung des Großen Deutschen Reiches" oder "Europäische Union", das ab dem 5. Mai 1945 unter der Führung der niederländischen Staatsoberhäupter König Wilhelmina, Juliana und Beatrix vom ehemaligen niederländischen Territorium aus fortgeführt wurde, die volle Macht über die römisch-katholische Kirche, die größte christliche Kirche der Welt. Dies gilt umso mehr: Der ehemalige Kardinal Pecelli von 1939-1958 Paul Pius XII. war Papst Johannes Paul 1, wollte diese Situation 1978 ändern und wurde deshalb 33 Tage nach seinem Amtsantritt mit Arsen vergiftet (Quelle: Wiederherstellung der Republik 13. Mai 2012).

Sollte er daher am 16. August 1978 von Papst Johannes Paul II. abgelöst werden? Karol Josef Wojtyla (Papst Johannes Paul II. und Bernhard von Lippe-Biesterfeld (Prinz von Oranien)) arbeitete für die IG-Farben (Quellen: Board Question #57569 und Telegraph 8. März 2010). Zur Zeit von Hiltlers Aufstieg war die Holing IG-Farben-Internessengemeinschaft Farben die mächtigste Wirtschaftsorganisation Deutschlands. Die Gruppe näherte sich bald dem aufstrebenden Adolf Hitler an und arbeitete während des Zweiten Weltkriegs eng mit dem Nazi-Regime zusammen.

So beschloss die IG-Farben am 22. Februar 1941 den Bau der Buna-Werke in Auschwitz, in denen Zwangsarbeiter eingesetzt werden konnten. Die IG-Farben war ein großes Kartell mehrerer deutscher Unternehmen, darunter BASF, Bayer, Hoechst, Agfa, Casella, Hüls und Kalle. Dieses

Konglomerat war die Idee der großen Finanziers von Hitlers Aufstieg und führte zu einer intensiven Zusammenarbeit im Vorfeld und während des Zweiten Weltkriegs.

So lieferte die IG-Farben den Sprengstoff und das synthetische Benzin für die Bundeswehr. Einer Reihe von Experten zufolge wäre Hitlers Krieg ohne IG-Farben nicht einmal möglich gewesen (Quelle Managing21 vom 22.02.05) Papst Johannes Paul II. war der erste Papst, der an der Bilderberg-Konferenz vom 3. bis 6. Juni 1999 im portugiesischen Sinta teilnahm, bei der auch Königin Beatrix, Boris Jelzin, Bill Clinton, Steven Spielberg, Ted Turner und Premierminister Wim Kok (PvdA) anwesend waren. Es ist gut zu wissen, dass kurz darauf im Oktober 2011 der Club of Madrid gegründet wurde. Dabei handelt es sich um einen Verein, der aus 70 ehemaligen Staatsoberhäuptern unter dem Vorsitz von Wim Kok (PvdA) besteht. In Anbetracht des Inhalts des Schreibens Aus diesem Schreiben geht hervor, dass dieser Club nicht gegründet wurde, um die

Globale Demokratie, wie sie geschrieben steht.

Am 13. August 1814 wurde die Insel Banka (Indonesien) von den Engländern mit den Niederlanden gegen die "Gründung von Chochin (Indien)" getauscht. Ein Jahr später (18. Juni 1815) wurde Napoleon Bonaparte in der Schlacht von Waterloo (damals Vereinigtes Königreich der Niederlande, heute Belgien) von einer Kombination aus britisch-holländischen, hannoverschen und preußischen Armeen endgültig besiegt. Dies geschah unter der Führung des Herzogs von Wellington, Blusher und des Prinzen William von Oranien-Nassau (William Frederick, George Louis).

Vor und während dieser Schlacht finanzierten die Rothschilds (aschke-nationalsozialistische Juden) nicht nur England und Deutschland, sondern auch Frankreich und damit Napoleon durch Goldschmiede in Übersee. Die richtige Investitionssituation wurde auf Kosten von Kriegen, Tod und Zerstörung geschaffen. Damit hatten die Rothschilds auf einen Schlag die Kontrolle über die Hälfte des Weltvermögens, ebenso wie über die Bank of England und den gesamten Aktienmarkt, der sich bis heute nicht verändert hat. Der Interessenkonflikt zwischen den Königshäusern und den Aschke-Nazis (Rothschilds) war bereits eine Tatsache und für immer vereint.

Diese Blutlinien, einschließlich der britischen und niederländischen Königshäuser, haben sich in den letzten 200 Jahren selbst erklärt, bis jeder Krieg und jede Revolution/Rebellion stark bereichert wurde. Dies machte sie durch Sprünge und Grenzen nach jedem Krieg einflussreicher und mächtiger.

Diese Bindungen und Beziehungen führten dazu, dass die Engländer die Insel Biliton, die zu Banka (Indonesien) gehört, behalten wollten, aber trotz der guten Beziehungen. am 17. März 1824 übergaben die Engländer es an die Holländer. Es war die Kapitalmacht Prinz Willem Frederik Hendrik, der als erstes Staatsoberhaupt des Staates der Niederlande den Kredit garantierte. Das bedeutete, dass die königliche Familie zu 100 % Anteilseigner war. Diese entwickelte sich weiter und wurde 1924 an die damals gegründete Joint Mining Company Biliton (GMB) übertragen, an der sich der niederländische Staat zu 5/8 beteiligte.

Das Königshaus blieb ein wichtiger Anteilseigner, was zu einem Interessenkonflikt zwischen dem niederländischen Staat und dem Königshaus führte. 1970 wurde Biliton (zu dem auch die Budelco-Zinkfabrik in Budel gehörte) von Shell übernommen.

Der Chemieriese IG-Farben nahm den holländischen Weg in die USA und nutzte die Dienste von BBH, UBC und Dillon Read. Wie Thyssen gründete sie in den Niederlanden ihre eigene Bank: die Hollandsche Koopmansbank in Amsterdam (1923). Wie dem auch sei, auch die schwedische

Enskildabank war an dem neuen Unternehmen stark beteiligt. Zu Beginn wurde die HKB von Gerhard Fritze geleitet.

Er war mit einem Spross der Familie Ilgner verheiratet, was einer der Gründe war, warum er sich zunehmend in die Aktivitäten der IG-Farben hinter den Kulissen der internationalen Politik einbrachte. Ein weiteres Mitglied der Familie war für den Geheimdienst NW7 (für den Prinz Bernhard arbeitete) für die fieberhafte Suche nach Lebensraum durch den Chemiekonzern Max Ilgner verantwortlich.

Prinzessin Armgard zur Lippe Biesterfeld, die Mutter von Prinz Bernhard, war eine seiner Freundinnen. Eine Verbindung, die nicht nur süße Früchte tragen sollte. 1929 erhielt Fritze die niederländische Staatsbürgerschaft. Zuvor war er der Einfachheit halber schon in einen Schweden verwandelt worden, um die Annäherung zwischen IG-Farben und Enskilda etwas reibungsloser zu gestalten. In den Niederlanden betreute er vor allem die Geldflüsse zwischen der deutschen Muttergesellschaft und der amerikanischen Tochtergesellschaft Chemnyco.

Dieser Zweig wurde von Rober Ilgner geleitet, einem amerikanischen eingebürgerten Bruder von Max Ilgner, der

wurde von den bekannten GGH und UBC von Prescott Bush und Averill Harriman unterstützt. Berichten zufolge spielten Fritze und Max eine nicht unbedeutende Rolle beim Zusammenschmieden der niederländischen Kronprinzen Juliana und der Prince Bernard zur Lippe Biesterfield, die sich derzeit für NW7 im Bau befindet. Bernard lud prominente Nazis zu seiner Hochzeit mit Juliana ein, bei der der Hitlergruß (Heil Hitler) gezeigt wurde (Quelle: No Cancer Foundation).

Am Ende des Ersten Weltkriegs sah August Thyssen, Deutschlands größter Rüstungsproduzent, sein Stahlimperium in Gefahr. In den "neutralen" Niederlanden eröffnete er in Rotterdam die Bank für Handel und Schifffahrt. Auf diese Weise konnte er seine Kriegsbeute von der August-Thyssen-Bank in Berlin (Vorgängerin der BIZ-Bank) rechtzeitig gegen die Schadenersatzansprüche aus dem Versailler Vertrag ableiten.

Der alte August schenkte seinem Sohn Fritz 100 Millionen Dollar und sein Industrieimperium im Ruhrgebiet. 1923 geriet Fritz in den Bann Adolf Hitlers, des Mannes, der die deutsche Industrie vor der aufständischen Arbeiterklasse retten konnte. Der Stahlbaron lernt Adolf Hitler und General Erich Ludendorff kennen und beschließt, der jungen NSDAP 100.000 Goldmark zu zahlen. Urgroßvater und Großvater Bush hat es gut herausgefunden. Über Brown Brothers & Harriman investieren sie in Nazi-Deutschland, über Thyssens UBC-Bank erhalten sie ihre Rüstungsgewinne in den USA zurück. 1934 stiegen die Gewinne auf Hunderte von Millionen, die auch nach Rotterdam und New York flossen. In New York ist Prescott Bush jetzt General Manager der UBC. "Die Bush-Familie wusste sehr wohl, dass Brown Brothers der US-Geldkanal nach Nazi-Deutschland war und dass die Union Bank die geheime Pipeline war, um das Nazi-Geld über die Niederlande zurück nach Amerika zu bringen", schreibt John Loftus, ehemaliger Staatsanwalt des US-Außenministeriums für Nazi-Kriegsverbrechen (Quelle: Die Wahrheit jetzt).

Deshalb musste sich die PvdA als neue Partei durchsetzen, bevor die sogenannten "Wahlen der Demokratischen Partei" abgehalten werden konnten. In der politischen Geschichte der Niederlande bezieht sich dieser Durchbruch auf die Bewegung unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg für eine einzige fortschrittliche Partei, die Progressive mit katholischem, protestantischen, sozialdemokratischem oder liberalem Hintergrund vereinen sollte. Dazu musste das alte, abgeschottete politische System "gebrochen" werden.

Die Idee des Durchbruchs führte zur Gründung der Arbeiterpartei (ehemals SDAP, VDB und CDU), die am 9. Februar 1946 gegründet wurde. Die KVP war bereits 1945 als Nachfolgerin der Vorkriegs-RKSP gegründet worden, mit der Königin Wilhelmina auf das von ihr gewünschte Kabinett KVP/PvdA zählen konnte, als sie nach dem 9. Februar 1946 die sogenannten "Demokratischen Wahlen" abhielt. Unmittelbar danach hatte sie Neuwahlen ausgerufen, die am 16. Mai 1946 stattfanden.

Nachdem sich bei den Wahlen gezeigt hatte, dass KVP und PvdA mehr als die Mehrheit der Stimmen für die Bildung eines neuen Kabinetts erhalten hatten, hat das Kabinett Schermerhorn-Drees den Rücktritt gefordert. Nach der Bildung des Kabinetts Beel (VD/PvdA), das auf die Unterstützung einer Mehrheit der Abgeordnetenkammer zählen konnte, gewährte die Königin den Rücktritt. In Anerkennung dessen wurde der ehemalige Premierminister L.J.M. (Louis) Beel (KVP) 1959 zum stellvertretenden Vorsitzenden des Staatsrats ernannt, den er bis 1972 innehatte. Dies ermöglichte es, dass das Kabinett Hitler unter der Leitung der aufeinanderfolgenden niederländischen Staatsoberhäupter Wilhelmina, Juliana und Beatrix mit Hilfe aller später gewählten Kabinette aus dem ehemaligen niederländischen Territorium seine Arbeit bis heute fortsetzen konnte.

Jeder auf der ganzen Welt (außer Maxima) hat nicht weniger als 67 Jahre lang darüber geschwiegen.

Von 1945 bis heute: Der Vorsitzende des Zentralen Staatsrats Jan Donner (der Großvater des heutigen Vizepräsidenten Piet Hein Donner) des Zentralen Ausschusses für Reinigung beschloss, dass Wirtschaftskollaborateure wie Damme (aber auch Philips führten Aufträge für deutsche Organisationen aus) nicht strafrechtlich verfolgt würden. Im Jahr 1949 wurde Damme Sr. jedoch zensiert und bedingungslos von der Strafverfolgung ausgeschlossen. Laut Melhuizen ist der Grund dafür folgender.

"Im Fall von Werkspoor ist es wichtig, dass hinter den Kulissen soziale Kräfte aktiv waren, um den Lauf der Justiz zu beeinflussen. Dies lag zum Teil daran, dass Damme sr. war ein prominentes Mitglied des "Wir-Kreises"; Er war Vorsitzender der Arbeitsstiftung, Kommissar der holländischen Zentralbank und befreundet mit dem sozialistischen Ministerpräsidenten Willem Drees, mit dem liberalen Politiker und Unternehmervorsitzenden D.U. Stikker und kam ins Haus des Prinzen Bernhard.

Außerdem ging es bei den Arbeiten um 200 Millionen Gulden an Ausrüstung, die auf der Schiene nach Argentinien geliefert werden sollten. Damals war es ein Mega-Auftrag, der als von großer Bedeutung für den Wiederaufbau der Niederlande angesehen wurde. Und so hatte das Kabinett Drees ein wichtiges Argument in der Hand, um Damme Sr. wie so viele andere prominente Industrielle zu schonen. Das Land musste wieder aufgebaut werden, und die Industrie, die den Krieg so gut überstanden hatte, wurde dringend gebraucht. Meihuizen nennt dies Opportunismus im Dienste des Wiederaufbaus.

Dass Werkspoor sanktioniert wurde und 30 Millionen Gulden Bestechungsgelder an den Diktator Juan Peron zahlen durfte, beweist, dass der Mega-Auftrag gewonnen werden musste. 1951 wurde Prinz Bernard mit dem Evite Peron, dem Großkreuz des Ordens der Kirchen, ausgezeichnet. Oranje Nassau. Die Idee hatte eben dieser Stikker in seiner Eigenschaft als Außenminister unter dem Motto: "Es kostet so wenig und macht so viel Freude". Außerdem besaß Prinz Bernhard für Evita Peron "eine Perlenkette" im Wert von dreißigtausend Gulden.

Prinz Bernhard und Frits Philips waren persönliche gute (Jagd-)Freunde. Ein ausführlicher Bericht des amerikanischen Geheimdienstes OSS (Office of Strategic Services), dem Vorgänger der CIA aus dem Jahr 1943.

mit dem Titel "Der Philips-Konzern steckt voller Vorwürfe; Zum Beispiel: "Die interne Polizeidienststelle bei Philips (....) arbeitet eng mit der GESTAPO zusammen" Und: "In der Firma gibt es Faschisten oder Leute mit profaschistischem Gedankengut. Der Direktor von Philips Argentinien ist ein Nazi-Spion", heißt es in dem Bericht. Der Bericht, mehr als tausend Seiten dick und mit dem Stempel "Geheim", wurde kürzlich von einem deutschen Forscher in einem Archiv in Washington entdeckt.

Dieses historische Dokument zeigt auch, dass der Philips-Gipfel im Jahr 1942 dem OSS anbot, das internationale Netzwerk von Philips als Informationsquelle und als Deckmantel für Spionageoperationen zu nutzen. Was sind die OSS-Vorwürfe der Zusammenarbeit? Und warum gibt das Unternehmen selbst keine vollständige Offenlegung? Argos über Händler, Spionage und Doubles. Ein Bericht von Gerard Leenders und Huub Jaspers. Präsentation: Max van Weezel (Quelle: VPRO-VARA, 25. Februar 2002).

Langs hörte den Nazi-Kollaborateur Willem Sassen (Sohn des NSB-Bürgermeisters J.C.H.M.W. Sassen in der Gemeinde Veghel), dass er in den Niederlanden in Abwesenheit zu 20 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden sei und in Belgien auf die Todesstrafe warte.

Bei seiner Ankunft nahm er Kontakt zu Goebbels' ehemaliger Sekretärin auf; Wilfred von Oven, Herausgeber der Zeitschriften "Die Freie Presse" und "La Plata Ruf". Bei der Zeitschrift "die Freie Presse" begann er als Journalist zu arbeiten und beschäftigte sich mit Übersetzungen ins Spanische von Shakespeare, Goethe und Schiller.

Unter verschiedenen Pseudonymen veröffentlichte er im selben Verlag auch das Buch "Die Jünger und die Dirnen". Als Ghostwriter schrieb Sassen drei Werke von Hans-Urich Rudel um: "Trotzdem", "Mein Dank an Argentinien" und "Es geht um das Reich". Diese Bücher sind im Dürer-Verlag erschienen. Daneben arbeitete er als Literaturagent für die amerikanischen Zeitschriften "Time - Life" und war bis 1965 Sonderkorrespondent des "Telegraph" in Argentinien.

Prinz Bernhard arbeitete auch eng mit dem niederländischen Nazi-Journalisten Willem Sassen in Argentinien zusammen. Unter Perons Führung arbeitete Willem Sassen als PR-Beauftragter für Eva Peron und als militärischer Berater für Peron. Während eines offiziellen Besuchs von Prinz Bernhard im Jahr 1951 arbeitete er als Dolmetscher und Begleiter. Der Prinz besuchte dort den Bahnhof, und Bernhard traf auch Kurt Tank bei einer Vorführung der Pulqui II, die damals den hochmodernen Kampfjet baute, der Argentinien zu einer der modernsten Armeen gemacht hatte. Krut Tank gehörte zu einer Gruppe von Nazi-Technikern, die nach Argeninien geflohen waren, wo sie Zuflucht suchten und die Flugzeugindustrie aufbauten.

In den sechziger Jahren ließ sich Sassen von Miep scheiden und heiratete Elsje Delbaere, mit der er zwei Kinder hatte. Nach dem Sturz von Perón arbeitete er für ein Wasserunternehmen namens "Industria Integral de Aque". In der Hauptstadt traf er im deutschen Club die großen Nazis seiner Zeit, die ebenfalls in Argentinien Zuflucht gesucht hatten. Er lernte Léon Degrelle, Hans Ulrich Rudel und Otto Skorzeny kennen. Ein gewisser Ricardo Klement trat an Willem Sassen heran, der nach der Lektüre einiger der von Sassen veröffentlichten Werke.

Dieser Mann entpuppte sich als Adolf Eichmann, war 1950 mit dem italienischen Schiff "Giovanni" in Buenos Aires angekommen und hatte sich seitdem von den großen Nazis ferngehalten, die sich in den verschiedenen deutschen Clubs versammelten.

Eichmann wollte seine Erlebnisse zu Papier bringen, um der Welt seine bekannte Unschuld zu zeigen. Die Interviews, die folgten, wurden auf Tonband aufgezeichnet und sollten nach der Entführung Eichmanns im Mai 1960 für viel Geld gehen.

Zu heiß wurde ihm jedoch der Boden unter den Füßen, als in Nazi-Kreisen vermutet wurde, dass Willem Sassen an der Eichmann-Entführung beteiligt gewesen sein könnte. Er gab dem Mossad Informationen über Eichmanns Aufenthaltsort.

Aufgrund dieser möglichen Implikation floh Willem Sassen für zwei Jahre nach Rom, um möglichen Rächern zu entkommen. Nach zwei Jahren kehrte Willem Sassen zurück und begann mit dem Import von Waffen. Er wurde Repräsentant der österreichischen Steyr-Daimler-Puch Gruppe für ganz Lateinamerika.

Willem Sassen besaß nun einen deutschen Pass, mit dem er gelegentlich für Geschäfte und Familienbesuche nach Deutschland und in die Niederlande reiste. Die Verurteilung von Willem Antonius Maria Sassen erlosch um 1976 und kann seitdem nicht mehr strafrechtlich verfolgt werden. Nach Angaben des damaligen Staatsanwalts De Beaufort ist das Verfahren gegen Willem Sassen eingestellt. "Er durfte sich frei in seiner Heimat aufhalten." In Belgien hingegen wurde er in Abwesenheit zum Tode verurteilt, in den Niederlanden nur 20 Jahre journalistische Leugnung (Quelle: Go2War2).

Die vorherrschende Idee des Wiederaufbaus und die Notwendigkeit, den Schwerpunkt nicht zu sehr auf die Wirtschaft zu legen, haben zu einer Flut von "Demarchen" (Gerichtsverfahren) durch aufeinanderfolgende Justizminister geführt, die von befreundeten Industriekapitänen unterstützt werden. Eine zentrale Figur in diesem Spiel war Dr. J. Donner, Vorsitzender des Obersten Gerichtshofs und Vorsitzender des Zentralen Reinigungsgremiums für die Geschäftswelt.

Die Vorzugspolitik des Vorsitzenden Dr. Jan Donner gegenüber Kollaborateuren war erfolgreich, von den 32.000 Fällen wirtschaftlicher Zusammenarbeit wurden schließlich etwa 700 vor das Strafgericht gebracht.

Das waren die unglücklichen Industriellen, meist Bauunternehmer, die "Bunker"-Bauarbeiter. Sie seien nur Arme gewesen, die keinen Ursprung hätten, sagt Meihuizen zynisch. Sie hatten sich auch der sichtbarsten Form der wirtschaftlichen Zusammenarbeit schuldig gemacht, die Bunker für jedermann sehen konnten. Dies galt in deutlich geringerem Maße für den Bankensektor. Diese ging fast unbeschadet aus der Schlacht hervor.

1953: André Donner (ARP), der Vater des derzeitigen Vizepräsidenten des Staatsrates, Piet Hein Donner, war vom 17. April 1950 bis zum 6. Januar 1954 Mitglied der Van-Schaik-Staatskommission, die die Verfassungsrevision von 1953 vorbereitete. Mit dieser Verfassungsrevision wurde Artikel 60 der Verfassung wie folgt erweitert.

"Der Richter beurteilt die Verfassungsmäßigkeit von Vereinbarungen."

Die Definition des "Vertrags" mit ausländischen Mächten hat die Kommission von 1950 in ihrem Plenarbericht vom 16. September 1950 wie folgt festgelegt.

"Ohne Anspruch auf Vollständigkeit hat die Kommission hier eine Liste der bekanntesten Namen aufgeführt: Vertrag (Vertrag, Vertrag), Vertrag Vertrag Englischer und französischer Charter (Charta,

Charta, Pakt, Pakt) Statut, Gesetz, Schlussakte (Schlussakte, Acte Final) Allgemeines Recht (allgemeines Recht, acte general), Accord (Übereinkunft), Vergleich (englische und französische Vereinbarung), Erklärung oder Erklärung (Erklärung, Protokoll, Abkommensprotokoll, Briefwechsel oder Briefe, Anhänge (Begleitschreiben) Mode vivendi, Schiedsverständigungskompromiss, Memorandum of Understanding (d'Accord) Memorandum".

"Die Kommission erklärt, dass sie erschöpfend ist, und listet hiermit die bekanntesten Namen auf: Vertrag (Vertrag, Vertrag), Konvention Englische und französische Charta (Charta, Charta, Pakt, Pakt) Statut, Gesetz, Schlussakte (Schlussakte, Acte Final) Allgemeine Akte (acte general), Accord (Vereinbarung Vereinbarung), Vergleich (Vereinbarung Englisch und Französisch), Erklärung oder Erklärung (Erklärung, Erklärung) Protokoll (Protokoll, Protokoll) Vereinbartes Protokoll, Korrespondenz oder Briefe, Briefe, Anhänge (Anschreiben), Mode vivendi, Schiedsgerichtskompromiss, Memorandum of Understanding (D' Accord), Memorandum of Understanding (D' Accord), Memorandum".

Denn die Verfassungsmäßigkeit eines Vertrags, einer Konvention, einer Charta, eines Bundes, eines Gesetzes, einer Handlung, einer Vereinbarung, eines Vergleichs, einer Erklärung, einer Erklärung, eines Protokolls, eines Protokolls. Vereinbarungsschreiben, Memorandums, Vergleichsschiedsverfahren, Memorandum usw. können von keinem Gericht überprüft werden, was bedeutet, dass sie nicht im Lichte der Verfassung (Artikel 94 der Verfassung, Ned) überprüft werden können, so dass sie in den Niederlanden keine anwendbare rechtliche Anwendung haben. André Donner war all das, ohne ein Risiko einzugehen. Sein Vater Jan Donner war damals (von 1946 bis 1961) Präsident des Obersten Gerichtshofs der Niederlande.

#### Niederlande.

1962: Infolge dieser Verfassungsänderung, die vom Vater von Piet Hein Donner vorgenommen wurde, ebneten Vizepräsident Louis Joseph Maria Beel (KVP) und Präsidentin Königin Juliana des Staatsrats den Weg für die Veröffentlichung einer positiven Stellungnahme, zu der das Kabinett DE Kade (KVP, CHU, ARP (jetzt CDA und VVD) am 21. April 1962 erklärte, dass das Pestizidgesetz in Kraft getreten sei, das

- -die nachteiligen Auswirkungen dieser Pestizide während der Verwendungs- und Abfallphase
- und dass die inaktiven Chemikalien, unbekannten und anderen hochgiftigen, giftigen, ätzenden oder schädlichen Substanzen nicht gekennzeichnet werden müssen, was einen sehr schwerwiegenden Verstoß gegen die Artikel 1, 21 und 22 der Verfassung darstellt, die nicht mehr von einem Gericht beurteilt werden.

Die Hauptaktionäre von Shell/Biliton (darunter das Königshaus und der niederländische Staat) nutzten die Mängel des Pestizidgesetzes, die der Staatsrat und der niederländische Staat bewusst eingebaut hatten, um ihre hochproblematischen Sonderabfälle, die sehr hohe Konzentrationen der hochgiftigen, vollständig wasserlöslichen Karzinogene Arsensäure und Chromtrioxid (Chrom VI) enthielten, lange Zeit als Pestizide zu verkaufen. anstatt es für immer zu einem sehr hohen Preis zu behalten, wie es das Gesetz zumindest ab 1986 vorschreibt.

Im Nachhinein stellte sich heraus, dass mit Hilfe von André Donner diese Mängel im Pestizidgesetz zu Schadenersatzforderungen gegen Shell/Biliton (und damit gegen die königliche Familie) führen werden, die nicht mehr beglichen werden können. Dies liegt einfach daran, dass ein "Abkommen" oder ein "Vertrag", dessen Verfassungsmäßigkeit aufgrund des Handelns von André Donner nicht mehr richterlich beurteilt wird, kein "Gesetz" wie das Pestizidgesetz ist und die Tatsache, dass

aufgrund der Nichtexistenz der Niederlande vom 18. Mai 1940 keine Rechtskraft aus dem Pestizidgesetz vom 21. April 1962 abgeleitet werden kann.

1954 bis 1964, ein Jahr nach der Änderung von Artikel 60 in der niederländischen Verfassung (1953, dass der Richter sich nicht in die Beurteilung der Verfassungsmäßigkeit von Vereinbarungen einmischt) wurde die Bilderberg-Gruppe gegründet, ein geheimer Verein, der 1954 auf Initiative von Prinz Bernhard von Lippe-Biesterfeld und dem Polen Josef Retinger (Freimaurer) sowie dem Belgier Pierre de Bonvoisin (Direktor der Société Générale von 1951 bis 1962), dessen Vater während des Zweiten Weltkriegs geboren wurde, gegründet wurde World War war Vizepräsident der Bis Bank und H.F. van Walsem (Mitglied des Vorstands von Royal Philips Electronics N.V.) wurde gegründet (Quelle: Wikipedia)

In den 1980er Jahren wurde der Sohn (der auch in der Dutrous-Akte erwähnt wird) in Verruf gebracht, weil er Verbindungen zu rechtsextremen Organisationen unterhielt und verdächtigt wurde, Verbindungen zum CCC und zur Nivelles-Bande zu haben. Letztere Anschuldigungen wurden nie bewiesen, aber er behielt seinen Spitznamen: "Der schwarze Baron" (Quelle: Wikipedia). Auf ehemals niederländischem Territorium wurde das Kabinett Hitler ab dem 5. Mai 1945 unter der Führung der nachfolgenden niederländischen Staatsoberhäupter fortgeführt, geleitet von den geheimen Bilderberg-Konferenzen, die 1954 gegründet wurden und von der niederländischen Regierung von Prinz Bernhard, dann Königin Beatrix und jetzt dem Belgier Etienne Davignon geleitet wurden, in denen das Nazi-Regime von der Europäischen Union übernommen wurde. Der nächste Schritt ist die totale Zerstörung unserer Demokratie im Rahmen des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), der am 1. Juli 2012 in Kraft treten wird.

Sukarno und Bernhard: John F. Kennedy begann unter dem Vorsitz seines Bruders Robert F. Kennedy Verhandlungen über die Zukunft von Niederländisch-Neuguinea in den Vereinigten Staaten, als die Niederlande akzeptierten, dass das Gebiet unter UN-Aufsicht gestellt wurde. Die UNO würde es von Neuguinea nach Indonesien (Sukarno) bringen.

Darüber haben niederländische, indonesische und amerikanische Diplomaten mehr als ein Jahr lang im Geheimen gesprochen. Noch geheimer war die Einmischung des Prinzen Bernhard, die sich im Nachhinein herausstellte. 1962 mussten die letzten holländischen Soldaten Indonesien verlassen, durch die Hände von Sukarno, John F. Kennedy und seinem Bruder Robert Kennedy, die sich gegen die dunklen Pläne dieser Art, die Bankiers und ihre Agenda der Neuen Weltordnung wandten.

Das gemeinsame Bergbauunternehmen Biliton ging in Konkurs, was dazu führte, dass Biliton und das niederländische Königshaus Sukarno und Bernhard finanzierten: John F. Kennedy begann in den Vereinigten Staaten unter dem Vorsitz seines Bruders Robert F. Kennedy Verhandlungen über die Zukunft von Niederländisch-Neuguinea, als der niederländische Justizminister in den USA akzeptierte, dass das Gebiet unter UN-Aufsicht gestellt wurde. Die UNO würde es von Neuguinea nach Indonesien (Sukarno) bringen.

Darüber haben niederländische, indonesische und amerikanische Diplomaten mehr als ein Jahr lang im Geheimen gesprochen. Noch geheimer war die Einmischung des Prinzen Bernhard, die sich im Nachhinein herausstellte. 1962 mussten die letzten holländischen Soldaten Indonesien verlassen, durch die Hände von Sukarno, John F. Kennedy und seinem Bruder Robert Kennedy, die sich gegen die dunklen Pläne dieser Art, die Bankiers und ihre Agenda der Neuen Weltordnung wandten. Die 30.000 holländischen Soldaten waren nicht in der Lage, Neuguinea und die kleineren Inseln Bali/Bangka und Biliton für die Niederlande zu erhalten und mussten sich aus Neuguinea zurückziehen.

1958 lief die letzte Konzession für die Gewinnung von Zinnerz in Indonesien aus, nämlich nicht erweitert. Die Common Mining Company Biliton (GMB) ging in Konkurs, was Biliton und die königliche Familie mit einer finanziellen Katastrophe zurückließ, die dazu führte, dass die niederländische Königsfamilie ihre Macht in der Welt zu verlieren drohte. Die finanziellen Probleme der königlichen Familie waren so groß, dass Premierminister Prof. Dr. J.E. De Quay sie persönlich mit der ehemaligen Königin Juliana besprach. Als faktischen Beweis dafür zitiere ich im Folgenden wörtlich den folgenden Text aus seinen Tagebucheinträgen, in dem Premierminister De Quay wörtlich folgendes schreibt

1. Februar 1960: "Heute Morgen hatte ich ein Gespräch mit Ihrer Majestät und Ihrer Königlichen Hoheit über die finanzielle Lage der königlichen Familie. Dagegen müssen wir etwas tun. Prince fragte "gleitende Skala" Scheint mir rechtlich schwierig zu sein. Bereiten Sie sich gut vor. Diskussion mit Beel.

Willem Oltmans (Journalist) war sich dessen bewusst und traf am 10. Juni 1956 den indonesischen Präsidenten Sukarno. Die konservativen Niederlande (Joseph Luns / KVP) hassten das Staatsoberhaupt der ehemaligen niederländischen Kolonie.

De Telegraaf verbot Oltsmans daher das Interview mit Sukarno. Er tat trotzdem das Natürliche. Es war das Ende seiner kurzen Karriere mit dieser Macht und der Beginn seiner Probleme mit dem niederländischen Staat. Von 1950 bis 1962 dienten etwa 30.000 niederländische Soldaten in New York. Guinea (1/2/3) Marine für einen kurzen oder längeren Zeitraum. Heer, Marechaussee, Alle Teile der Wehrmacht waren vertreten. Im Jahr 1963 unterzeichnete Präsident John F. Kenney ein Abkommen mit Präsident Sukarno, um Fonds zu schaffen, die es dem US-Finanzministerium ermöglichten, seine eigenen Schatzanweisungen in Schatzamtsdollar zu erstellen, wodurch das "Recht" der Federal Reserve untergraben wurde, Dollar-Banknoten der Federal Reserve zu drucken.

Diese Vereinbarung ermöglichte es, 50.000 Tonnen Gold auf die Stütze zu überführen

diese Währungen. Das Problem war allerdings, dass dies auch die US-Landeswährung mit Gold gedeckt hätte, was gegen die internationalen Abkommen zur Stabilisierung der Währung verstoßen hätte. Elf Tage nach der Unterzeichnung (am 22. November 1963) wurde John F. Kennedy am helllichten Tag von Insidern vor den Augen der ganzen Welt ermordet, ebenso wie der niederländische Politiker Pim Fortuyn.

Wie bei Pim Fortuyn scheinen mehrere Bilderberg-Mitglieder in diesen Mord verwickelt gewesen zu sein. Fünf Jahre später, am 5. Juni 1968, wurde Robert Kennedy bei einer Wahlkampfveranstaltung im Hotel Ambassador in Los Angeles für die Wahl von 1968 ermordet, woraufhin Bilderberger Richard Nixon am 20. Januar 1969 Präsident des US-Bundesstaates wurde (Quelle: No Cancer Foundation).

1983: Derselbe André Donner (ARP), der Vater des derzeitigen Vizepräsidenten des Staatsrates, Piet Hein Donner, war von 1967 bis 1971 (Mit-)Vorsitzender der Carls-Donner-Staatskommission, die 1983 die Generalrevision der Verfassung vorbereitete. Mit dieser Verfassungsrevision wurde Artikel 120 in die allgemein revidierte Verfassung übernommen, der wie folgt lautet.

"Der Richter greift nicht in die Beurteilung der Verfassungsmäßigkeit von <u>Gesetzen und Verträgen</u> ein."

Mit der Aufnahme des eigenständigen Artikels 120 in diese allgemein überarbeitete Verfassung von 1983 mit dem Zusatz "Gesetze" wurde das Problem der Haftung von 16,5 Millionen Niederländern und 500 Millionen Europäern gegenüber Shell/Biliton (und damit gegenüber dem Königshaus und

dem niederländischen Staat) aufgrund der im Pestizidgesetz vom 21. April 1962 enthaltenen Mängel beseitigt. André Donner für Vizepräsident Willem Scholten (CDA) und Präsidentin Königin Beatrix des Staatsrats hat damit den Weg für die Veröffentlichung einer positiven Empfehlung geebnet, auf deren Grundlage das Kabinett Lubber (CDA und VVD) beschlossen hat, dass die Zulassung von Pestiziden nicht mehr an den folgenden Artikeln 1, 21 und 22 der Verfassung gemessen werden darf: die unten eingefügt sind und die in keinem Fall ab dem 18. Mai 1940 rechtsgültig sind.

### **Artikel 1 der Verfassung**

Jeder, der sich in den Niederlanden aufhält, wird gleich behandelt. Diskriminierung aus Gründen der Religion, der Weltanschauung, der politischen Meinung, der Rasse, des Geschlechts oder aus anderen Gründen ist nicht zulässig.

## **Artikel 21 der Verfassung**

Die Sorge der Regierung konzentriert sich auf die Bewohnbarkeit des Landes sowie den Schutz und die Verbesserung der Umwelt.

## **Artikel 22 der Verfassung**

- 1) Die Regierung ergreift Maßnahmen zur Verbesserung der öffentlichen Gesundheit
- 2) Die Förderung von angemessenem Wohnraum ist ein Anliegen der Regierung.
- 3) Sie schafft die Voraussetzungen für soziale und kulturelle Entwicklung und für Freizeitgestaltung.

Mit Hilfe des Staatsrats, des Staates der Niederlande und der politischen Parteien CDA und VVD ist es Unternehmen wie Shell/Biliton/Budelco unter dem Deckmantel der "Nachhaltigkeit" gelungen, Milliarden von Euro an staatlichen Subventionen (Steuergeldern) durch Pestizide (einschließlich Superwolman-Salze) zu erhalten. (Co) Hunderte Millionen Kilogramm falsch gekennzeichneter hochgiftiger Karzinogene wie Arsensäure und Chromtrioxid (Chrom VI), bei denen es sich um hochproblematische Sonderabfälle, insbesondere von Biliton/Shell/Budelco, handelt, wurden von Verbrauchern durch imprägniertes Holz in Häusern und Gärten entsorgt, ohne dass gegen sie Verwaltungsmaßnahmen ergriffen wurden, zivil- oder strafrechtliche Schritte eingeleitet werden können und können.

Dies gelang André Donner in der Zeit von 1967 bis 1971. In dem Wissen, dass derselbe André Donner im selben Zeitraum (vom 7. Oktober 1958 bis zum 29. März 1979) auch Mitglied des Gerichtshofes der Europäischen Gemeinschaften in Luxemburg war, bedeutet dies Folgendes: Er hat auch in dieser Eigenschaft entschieden, in der der Gerichtshof der Europäischen Union dem derzeitigen Vizepräsidenten des Staatsrates, Piet Hein Donner (CDA), unterstellt ist, der zusammen mit seinem Vater und Großvater ab dem 5. Mai 1945 im Kabinett Hitler, dem der Niederlande, unter dem Vorsitz von Königin Wilhelmina, dann Juliana und jetzt Beatrix angestellt war.

Auf diese Weise haben Shell/Biliton (unter dem Vorsitz von Den Niederländern Hans Alders (PvdA), Jan Pronk (PvdA) und Pieter van Geel (CDA) aus dem noch bestehenden Hitler-Kabinett) ist es gelungen zu etablieren, dass das "Rio de Janeiro Protokoll", das "Kyoto-Protokoll" und die "Nachhaltigkeit von Johannesburg" Konferenz mit Hilfe der Länder der Europäischen Union weltweit unterzeichnet wurden, wodurch Milliarden von Kilogramm fälschlicherweise als vollständig wasserlöslich gekennzeichnet wurden, hochgiftige Karzinogene wie Arsensäure und Chromtrioxid (Chrom VI) sind weltweit ein sehr problematischer Sondermüll, der über temporäre Auslaugungsprodukte (imprägniertes Holz) unter dem Deckmantel von Nachhaltigkeit, Innovation,

ökologischer Umweltfreundlichkeit, Biomasse, Ökostrom, CO2-Reduktion, KOMO-Label, umweltfreundlichem Beton, Sekundärbrennstoff unkontrolliert in Wasser, Boden und Luft gelangt. Wiederverwendung. Europas anerkannter Sicherheitsmanager Ad van Rooij, der als Mitglied der No Cancer Foundation Mitverfasser dieses Briefes ist, hat am 2. Mai 2002 den folgenden Brief per Fax an das eintreffende niederländische Volk geschickt: Premierminister Pim Fortuyn zu diesem Thema.

#### Unterschrift mit Rückschein

An: P. Fortuyn G.W. Bürgerplein 11 3021 IN der NÄHE VON Rotterdam Sint Oedenrode, 3. Mai 2002 Unsere Referenz: PF/03052/BR

Sehr geehrter Herr Fortuyn,

Ich bin sehr schockiert über die Art und Weise, wie Wim Kok, Frits Bolkestein, die Arbeitspartei usw. Sie persönlich beschuldigen. Du sagst die Wahrheit.

Wim Kok (PvdA), Jan Pronk (PvdA), A. Kosto (PvdA), Tjeenk Willink (PvdA), etc. haben mit Hilfe dieses violetten Kabinetts die gesamte Politik, die gesamte Justiz und die gesamte Staatsanwaltschaft korrumpiert und unser gesamtes Land mit extrem giftigen krebserregenden Stoffen vergiftet. All dies unter dem Mantel von Ökologie, Umweltfreundlichkeit, Biomasse, Ökostrom, nachhaltig, KOMO-Label, umweltfreundlichem Beton, Sekundärbrennstoff, Wiederverwendung, Rio de Janeiro-Protokoll und Kyoto-Protokoll.

Alles begann mit dem Kabinett Lubber III, in dem Wim Kok Finanzminister und Jan Pronk Minister für Finanzen und Entwicklungszusammenarbeit war. Es sind genau sie, die Arbeitspartei, aber auch die etablierte CDA in Brabant und Limburg, die eine große Bedrohung für unsere Gesellschaft darstellen und unser Land lebenswert halten. Die folgenden beigefügten Dokumente machen dies absolut deutlich:

- i. Mein Schreiben vom 22. April 2202, Aktenzeichen VROM/22042/vz, an den Minister der VROM, J.P. Pronk (PvdA).
- Ii. II. Mein Einspruchsantrag vom 28. Januar 2202, Aktenzeichen: Bes/28012/wra, von A. Kosto an den Staatsrat (PvdA).
- Iii. III. Mein Schreiben vom 13. April 2201, Aktenzeichen: TEK/13041/vz an die Präsidentin des Repräsentantenhauses, Frau J. van Nieuwenhoven, und ihre Antwort darauf (Labour Party).
- Iv. IV. Meine Beschwerde vom 24. Februar 2002 an den Nationalen Bürgerbeauftragten über Wim Kok (PvdA) und die Reaktion des Nationalen Bürgerbeauftragten.
- v. V. Mein Schreiben/meine Pressemitteilung vom 2. Mai 2202 an den Umweltschöffe E.H.G.J.M. Huijbregts aus Sint Oedenrode (Sache PvdA und CDA).

Vi. VI. Meine schriftliche Erklärung vom 10. April 2002 über die Begehung einer Fälschung durch die Staatsräte von R. Cleton, Dr. J.C.K.W. Bartel, R.J. Hoekstra und P. van Dijk, einschließlich Zeitungsartikeln. (Ursache: Tjeenk Willink PvdA und ehemals Scholten CDA).

Ich möchte Sie bitten, sich diese Dokumente und ihre Anhänge genau anzusehen.

Hiermit erteile ich Ihnen die Erlaubnis, alle Dokumente in Ihrem Kampf gegen die derzeitige kriminelle etablierte politische Macht, die Polderdiktatur, zu verwenden.

Wenn Sie möchten, können Sie auf mein Wissen und meine Erfahrung in dieser Angelegenheit zählen.

Ich würde mich freuen, wenn ich meine Antwort erhalten könnte. Alles Gute

Ökologisches Wissenszentrum B.V.

Hierfür

Ing. A.M.L. vanje Rooij Direktor c.d.d. René van den Oord (Danke an ihn)

Ich habe das Schreiben spätestens am 4. Mai 2002 erhalten. Dies geschah jedoch nicht. Am 22. Mai 2002, d. h. 18 Tage nach seiner Absendung, wurde dieses Schreiben nur der Fortuyn BV angeboten. Pim Fortuyn war nie in der Lage, die zwei Kilo Beweise zu lesen. Kurz nach der Ermordung von Pim Fortuyn (am 25. Mai 2002) wurde Ad van Rooij auf Anordnung des stellvertretenden Bürgermeisters Cees van Rossum (CDA) und der Stadträtin Henriette van den Berk-van de Laar (CDA) von Sint-Oederoed im Eindhovens Dagblad als Aktivist dargestellt, der mit dem Mörder Volkert van der Graaf gleichgestellt werden sollte. Der übrigens nicht der wahre Mörder ist. Pim Fortuyn hatte eine Kugel eines anderen Kalibers im Kopf (an der er starb) als in seinem Bauch (Quelle: deepjournal 4. Mai 2007).

Laut dem Buch "Mord im Auftrag der Krone" von Ine Veen entpuppt sich der wahre Mörder als ein gewisser Abu Fatah? In ähnlicher Weise wurden Ad van Rooij, sein Ecological Knowledge Center, Rob Brockus, seine Social Databank Netherlands und Robert Kahlman dann von einem Reporter angesprochen, der sich Hans Vermeulen nannte, aber in Wirklichkeit, wer war Marco Wetering, der in Amerkia lebte, in Gegenwart eines gewissen Allan Waver, der nur Englisch mit einem deutlichen amerikanischen Akzent sprach?

Beide Männer sollen Mitarbeiter des AIVD und der CIA gewesen sein. Ad van Rooij übergab später die zwei Kilo Beweismittel an Hans Smolders, den Fahrer von Pim Fortuyn. Er bewahrte es in seinem Zimmer im Repräsentantenhaus und in einem verschlossenen Schrank auf, aus dem er später verschwand. Er teilte sich diesen Raum mit Mat Herben (Freimaurer), was klar macht, wer das getan hat (Quelle: Buch Mord im Auftrag der Krone?).

Bald darauf ließ Mart Herben den Schrank mit der LPF einstürzen, er nahm an der Bilderberg-Konferenz teil und das Kabinett Balkenende I wurde mit dem CDA-Mitglied Jan Peter Balkenende (freier Maurer) als Premierminister gegründet, der wiederum ein persönlicher Freund des Bürgermeisters Peter Maas (CDA) von Sint-Oedenrode war (Quelle: Het echte Nieuws, 7. November 2009). Um die Gründung einer neuen Partei zu verhindern, gründete der Premierminister, Premierminister J.P. Balkenende, unter seinem Vorsitz im Jahr 2003 die "Innovationsplattform", in der die Präsidenten Gerard Kleisterlee von Philips und Marjan Ouderman von Corus als Mitglieder vertreten waren, die bis Juni 2010 in Kraft blieb.

Damit soll die massive Vergiftung der ganzen Welt unter dem Deckmantel der "Nachhaltigkeit" verhindert werden, wie sie von Ad van Rooij an Pim Fortuyn in einem Brief des Hitler-Kabinetts vom 3. Mai 2002 beschrieben wird, der fortgeführt werden soll (Quelle: Wikipedia). Genau aus diesem Grund hat der Philps-Vorsitzende Gerard Kleisterlee in Zusammenarbeit mit dem ehemaligen Minister für Soziales und Beschäftigung, Herrn J.P.H.

Donner (jetzt stellvertretende Vorsitzende des Staatsrats) erklärte ihren Sicherheitsbeauftragten Ad van Rooij zum 24. September 2007 spontan zu 100 % arbeitsunfähig (psychisch krank), ohne ab dem 25. Oktober 2007 Lohnfortzahlung zu leisten, was einen Verstoß gegen den Tarifvertrag Philips und das Krankengeldgesetz darstellte, wobei die Anwältin Ellen Pasman (die berühmte Anwältin von Willem Oltmans) 26.352,13 € von Ad van Rooij stahl. (Quelle: vom 22. Januar 2012 von Ad van Rooij Philips und seinem Anwalt E. Pasman).

Es ist gut zu wissen, dass der ehemalige Wirtschaftsminister A. Jorritsma-Lebbing (VVD) im Namen des "niederländischen Staates", der nicht mehr existiert, vom 18. Mai 1940 aus ein "JSF-Kofinanzierungsabkommen" mit einer großen Anzahl von Unternehmen unterzeichnete, darunter auch Philips Electronica Nederland B.V. kurz vor der Ermordung von Pim Fortuyn für den Kauf von JSF-Kampfflugzeugen für die niederländische Luftwaffe.

Herr H.J.G. Hendriks, der diesen Vertrag im Namen der Philips Electronica Nederland N.V. unterzeichnet hat, ist nun Vorsitzender des Vorstands von Philips Benelux und war noch Senior Manager von Philips Safety Manager Ad van Rooij. Er hat ein persönliches Interesse daran, dass Ad van Rooij für den Rest seines Lebens zu 100 % arbeitsunfähig (psychisch krank) bleibt, ohne während der Krankheit den Lohn fortzuzahlen.

Es ist auch gut zu wissen, dass Pim Fortuyn strikt gegen den Kauf der JSF-Kampfflugzeuge (Joint Strike Fighter) war und dass Theo Van Gogh behauptete, dass Mat Herben Bestechungsgelder von der amerikanischen Kampfflugzeuglobby erhalten habe (Quelle: De Groene Amsterdammer). Theo Van Gogh wurde ebenfalls am 2. November 2004 in Amsterdam ermordet.

Mat Herben war von 1977 bis 1987 Journalist im Verteidigungsministerium. Anschließend wurde er Journalist für das Magazin Manna des Center Parcs-Gründers Piet Derksen. 1990 kehrte er ins Verteidigungsministerium zurück, nun als Chefredakteur der Zeitung Verteidigung. 1995 wurde er Chefredakteur der Informationsabteilung des Verteidigungsministeriums. Er war Redakteur von Alle Hens (Monatszeitschrift der Königlich Niederländischen Marine), der Mitarbeiterzeitschrift De Vliegende Hollander (Monatszeitschrift der Königlich Niederländischen Luftwaffe) und Redakteur der Internetseite. In dieser Funktion spielte er eine führende Rolle bei der Befreiung des Whistleblowers Fred Spijkers aus der Welt, weil er sich 1984 weigerte, an einem Verteidigungsplan mitzuwirken, um die tödliche Verletzung des Mini-Spezialisten Rob Ovaa durch eine unsichere Mine zu verhindern (Quelle: Katholiek Nieuwsblad 29. August 1997).

Es ist auch gut zu wissen, dass der Gemeindesekretär John Jorristma (VVD) von Sint-Oedenrode

Bürgermeister Piet Schriek (CDA) ist ein Neffe der ehemaligen Wirtschaftsministerin A. Jorritsma-Lebbing (jetzt: Bürgermeister von Almere). Dieser John Jorritsma stieg schnell zum Bürgermeister von Budel auf, wo sich die Budelco-Fabrik befindet, aus der Arsensäure-hochproblematische Sonderabfälle in Superwolman Salt-Co. anfallen. Nachdem er alles in Ordnung gebracht hatte, wurde John Jorritsma zum derzeitigen Kommissar der Königin der Provinz Friesland befördert.

Am 18. August 1992 fand unter dem Vorsitz des Staatsanwalts G. Bos von der Staatsanwaltschaft Hertogenbosch eine geheime Besprechung mit dem Staatsanwalt G. van Rooij statt, bei der es um diese 100%ige (psychisch kranke) Aussage des Philips-Sicherheitsmanagers Ad van Rooij durch seinen Kollegen Betriebsarzt Harry Mol (beide Mitglieder der Philips Arbeitsschutzabteilung) und des Sicherheitsdienstes im Namen von Jan Oerlemans ging. Gekrönt wurde es mit einem königlichen Band. Broers, der ehemalige Bürgermeister P. Schriek (CDA) von Sint-Oederode (CDA), der ehemalige Bürgermeister und Stadtrat für Umwelt, H. van Dij-Eerhart, von Sint-Oedenrode (CDA), der Rechtsanwalt der Provinz Noord-Brabant H. Artz, die Wachen I. Valk und M. Saris von der Nationalpolizei von Sint Oedenrode, Herr C. Kerstholt, Leiter des Bauamtes von Sint-Oedenrode, der Umweltinspektor H. de Vries von Noord-Brababt, Herr V. Ditters, Leiter der Abteilung für allgemeine Angelegenheiten des Wasserverbandes von De Dommel, und der Protokollführer G. van Aarle inspiziert Beamter Sint-Oedenrode. Im Auftrag des Umweltinspektors H. de Vries von Noord-Brabant musste Minister Hans Alders (PvdA) von VROM, der Bürgermeister Piet Schriek (CDA) von Sint-Oedenrode, der GGD-Arzt Henk Jans, ihn nach Ad van Rooij schicken, um ihn für geisteskrank zu erklären. Dank Anton Nigthen von der Nationalen Umweltkonsultation und Jan Juffermans von der Kleinen Aarde scheiterte dies. In Anerkennung von Henk Jans, Arzt der GGD, erhielt er 1993 den Umweltpreis der Provinz Nordbrabant durch den Kommissar der Königin von Nordbrabant, Frank Houben (ein guter Freund von Königin Beatrix). (Quelle: Het Echte Nieuws 26. November 2007)

Ab 1993 kamen Ad van Rooij, seine Familie, seine Eltern und sein Pferdehof (später die Camping-und Pfingstgemeinde 'Dommeldal') nach dem anderen mit Zerstörung, Terror und versuchtem Totschlag gegen die Van de Rooij, insbesondere die Familie Biggelaar (Nachbar von Ad van Rooij). Dafür wurde die van Familie den Biggelaar vom ersten Bürgermeister Piet Schriek (CDA) und dem damaligen Bürgermeister Peter Maas (CDA) reich belohnt. Die vielen Strafanzeigen von Ad van Rooij gegen Dit wurden nie behandelt. Hinzu kommen Ad van Rooij, seine Frau, sein Pferd. Der Viehzuchtbetrieb musste sich von 1993 bis heute mit einer unrechtmäßigen Beschlagnahme, hohen Geldstrafen und der Versiegelung von Geschäftsräumen auseinandersetzen, und das bis zu 19 Jahre lang.

All dies mit Hilfe der Polizei und der Justiz, die bis heute andauert. (Quelle: Einspruchsschrift vom 24. Mai 2012 von Van Rooij nach Schwarz-Weiß von Sint-Oedenrode).

Es ist derselbe niederländische GGD-Arzt Henk Jans, der von der binationalen (niederländischen und sachverständigen Arbeitsgruppe) die medizinischen und ökologischen Aspekte des Pestizids XENTARI WG bewertete, mit dem er in einer Reihe von Gemeinden in Belgisch-Limburg (u.a. Bree und Maaseik) die vorbeugende Bekämpfung der Eichenprozessionsraupe mit hohen Beträgen belgischer staatlicher Subventionen ohne die erforderlichen gesetzlich vorgeschriebenen Genehmigungen durchgeführt hatte.

Denn GGD-Arzt Henk Jans hatte es als Bio-Produkt ohne Umwelt- und Gesundheitsrisiken bewertet. Untersuchungen des Ecological Knowledge Center B.V. haben gezeigt, dass das Pestizid XENTARI WG ein extrem giftiges und sogar krebserregendes Pestizid ist, mit dem auch alle belgischen Obst- und Gemüsepflanzen seit nicht weniger als 10 Jahren besprüht werden (dank dieses Experten Henk Jans?).

Hinzu kommen die zig Millionen Kilogramm hochgiftiger krebserregender Arsensäure und Chromoxid (Chrom VI), die vollständig in Wasser gelöst werden können, aus dem imprägnierten Holz, das auf Anraten desselben Arztes, des Umweltarztes Henk Jans, in den Niederlanden und Belgien abgeladen wurde und für das er am 16. November 1993 den Umweltpreis der Provinz

Noord-Brabant aus den Händen des Kommissars der Königin, Frank Houben (CDA), gewann. Kammerherr und persönlicher Freund von Königin Beatrix und Trauzeuge bei der Hochzeit von Kronprinz Willem Alexander und Maxima. (Quelle: Gutachten des Ökologischen Wissenszentrums B.V. vom 6. März 2012).

Als Ad van Rooij am 22. November 2006 für die "Liste 14" an den Wahlen zum Repräsentantenhaus der Generalstaaten teilnahm, wurde diese Liste von den Medien (im Auftrag des fortgeführten Kabinetts Hitler) totgeschwiegen. Der niederländische Journalist Julius Vischjager (Chefredakteur von The Daily Invisible), der seit mehr als 30 Jahren die einzigartige Lektüre hat, dass er die letzte Frage während der wöchentlichen Pressekonferenz des Premierministers stellen durfte, sagte Ad van Rooij, dass eine Brigade aus dem Ausland auf dem Weg sei, ihn zu ermorden. Julius Vischjager schrieb dann einen Artikel darüber in The Daily Invisible, der die Rettung für Ad van Rooij war.

Als Ad van Rooij am 3. März 2010 als Parteivorsitzender der Grünen an den Kommunalwahlen von Sint-Oedenrode teilnahm, wurde er extrem hoch und musste sich mit einer Strafanzeige wegen Verleumdung und Gestap-Aufständen in seinem Haus, Schlafzimmer und Büro durch Bürgermeister Peter Maas (CDA) auseinandersetzen, um Pferde zu zählen, die draußen in der Wiesenverordnung desselben Bürgermeisters von Sint-Oedenrode (CDA) liefen. Teilweise im Lichte der vorangegangenen Gestapo-Razzien durch dieselben Personen, bei denen Ad van Rooij mit roher Gewalt in die Polizeizelle gebracht wurde, und der früheren Anklage wegen Totschlags war Ad van Rooij auf der Seite der letzten Razzia am 22. April 2010 nach Belgien geflohen und hatte am 6. Mai 2010 bei der Polizei bei der zuständigen Ministerin Joelle F.G.M. Milquet Asyl beantragt (Quelle: The Real News 12. Mai 2010).

Es sind diese Völkermordverbrechen, die vom 5. Mai 1945 bis heute vom Königshaus (Hitlerkabinett) aus mit Pestizidgift, Chemtrails-Gift, Fluoridgift, Aspartamgift, Impfgift, Strahlengift, Kosmetikgift usw. begangen wurden. 5 bis 10 Jahre, von denen allein in den Niederlanden und Belgien mindestens 10 Millionen Menschen vorzeitig an Krebs oder anderen schweren Vergiftungskrankheiten sterben werden.

Vor diesem Hintergrund verfügt der zuständige belgische Minister Laurett Onkelinx (PS) über nicht weniger als 45 Millionen Euro an Subventionen (belgische Steuergelder), und die flämische Regierung hat außerdem rund 8 Millionen Euro für die Impfung von Mädchen zwischen 14 und 18 Jahren mit dem Gardasil HPV-Impfstoff gegen Gebärmutterhalskrebs ausgegeben.

Niemand in Europa, nicht einmal der Inhaber der Marktzulassung dieses Gardasil-Impfstoffs, Dr. Patrick Dhont, Medical Affairs Manager von Sanofi Pasteur MSD, kennt die gesetzlich vorgeschriebenen Sicherheitsdatenblätter (MSDS), um diese Impfstoffe nach Europa und Belgien importieren zu können. Geschweige denn zu benutzen. Niemand in Europa, nicht einmal die Europäische Kommission, weiß, welche Chemikalien der Gardasi-HPV-Impfstoff enthält.

Alle Kinder, die damit geimpft werden, sind daher Versuchskaninchen für den amerikanischen Pharmakonzern MERCK & CO, INC. und das niederländische Königshaus, führt das Hitler-Kabinett fort.

Sogar diejenigen, die den Schweinegrippe-Impfstoff erhalten hatten, wurden mit dem verbotenen krebserregenden Gift und chemischen Abfällen injiziert. (Quelle: Eingehende Untersuchung des Philips-Sicherheitsmanagers A.M.L. van Rooij vom 24. Oktober 2009).

Flaraxin: Erik Verbeen von der No Cancer Foundation musste daher mit Bedauern feststellen, dass Produkte pflanzlichen Ursprungs wie Flaxarin, die in 90% der Fälle wirksam sind und in vielen Fällen

Tumore verursachen können, in Europa verschwinden. Er versteht das nicht, denn Flaxarin ist 10 bis 20 Mal billiger als die derzeit verschriebene Chemotherapie, die in Zeiten großer staatlicher Kürzungen mit offenen Armen begrüßt werden sollte.

Umso mehr ist es ein Grund, warum die Chemikalien, die bei der Chemotherapie eingesetzt werden, Krebszellen abtöten sollen, bei denen der Patient gar nicht erst stirbt. Der Patient erhält dann die Chance, sich zu erholen und erhält eine neue Behandlung. Auf diese Weise geht der Krebspatient mit seiner Chemotherapie durch ein tiefes Tal mit meist einer gewissen Chance auf Heilung.

Bei dieser Behandlung erfolgt die Abtötung aller Krebszellen nicht immer vollständig, wonach die Wahrscheinlichkeit eines Rückfalls hoch ist. In der Regel ist dieser Krebs aggressiver als der erste und der Patient stirbt trotzdem an seinem Krebs.

Flaxaxin bekämpft den Krebs auf eine ganz andere Art und Weise. Flaxarin stellt sein eigenes Intereron her, stimuliert das Immunsystem und hat die Eigenschaft, dass der Krebs dann abgebaut wird. Flaxaxin wirkt schnell und hat fast keine oder keine Nebenwirkungen.

Es muss nicht aus den gleichen fortgeführten Hitler-Schränken aus dem ehemaligen niederländischen Territorium verwendet worden sein. Daher ordnete der Staatsanwalt Marc Rubens aus Hasselt am 7. April 2011 eine unangekündigte Razzia bei der No Cancer Foundation unter der Leitung von Kommissar Jos Opdeloch an, bei der Flaxaxin-Produkte, die Konten, die medizinischen Vorräte und die medizinischen Vorräte inspiziert wurden.

Das Haus, von dem aus die No Cancer Foundation arbeitet, wurde beschlagnahmt und beschlagnahmt, und das ist es bis zum heutigen Tag. (Quelle PV002702/2011 der Vernehmung von Erik Verbeek)

Die No Cancer Foundation ermöglicht es dem SCIENTIFIC & TREATMENT CENTER FOR CANCER CURING PHOENIS AUS DER UKRAINE, DEN FLACHSSTOFF AUF DER GANZEN WELT ZUZULASSEN. Da die Länder der Europäischen Union dies nicht unterstützen, ist es innerhalb Europas sehr schwierig. Die Stiftung hofft, dass dieser Brief an Prinzessin Máxima zu einer globalen politischen Revolution beitragen wird, in der nicht mehr Tausende von Euro für Subventionen für Produkte und Verfahren ausgegeben werden, die uns massenhaft mit krebserregenden Substanzen wie Arsen und Chrom VI vergiften, sondern dieses Geld in unterdrückte Technologien und Produkte pflanzlichen Ursprungs fließt. Damit auch unsere Kinder und Enkel ein Leben auf unserer Erde haben.

### 2. Die globalen Folgen der obigen Offenbarung.

Mit den in Kapitel 1 genannten Tatsachen steht fest, dass "die Niederlande (Mitgliedstaat der Niederlande) und "der Holländer" vom 18. Mai 1940 bis zum 5. Mai 1945 "der Deutsche" hätten sein müssen und dass ab dem 5. Mai 1945 "Deutschland (Mitgliedstaat Deutschland)" nicht mehr existieren sollte.

Auf ehemals holländischem Boden hat das Hitler-Kabinett seit dem 5. Mai 1945 unter der Führung der aufeinanderfolgenden niederländischen Staatsoberhäupter Wilhelmina, Juliana und Beatrix schweigend weitergeführt, angetrieben von den geheimen Bilderberg-Konferenzen, die 1954 gegründet wurden und zunächst von Prinz Bernard, dann von Königin Beatrix und jetzt dem Belgier Etienne Davignon geleitet wurden und bei denen das Nazi-Regime von der Europäischen Union übernommen wurde. Was die Konsequenzen für Belgien, die Europäische Union, die United States Nations, die NATO und andere Verbände und Clubs wie den Bilderberg-Konferenzclub in Rom, den Club von Madrid, aber auch beteiligte Banken und Unternehmen usw. sind, können Sie unten lesen.

I. Die niederländische Verfassung und alle anderen Rechtsvorschriften, die seit dem 5. Mai 1945 in den Niederlanden für anwendbar erklärt wurden, sind rechtlich nicht gültig.

II. Alle niederländischen Ministerpräsidenten, Minister, Staatssekretäre, Parlamentsabgeordneten, Mitglieder des Repräsentantenhauses, Kommissare der Königin, Mitglieder des Provinzrates, Mitglieder der Provinzräte, Bürgermeister, Schöffen und Ratsmitglieder sowie alle niederländischen Rechtsanwälte, die den Amtseid der Königin vom 5. Mai 1945 bis heute geleistet haben, haben ihn im Einklang mit dem Kabinett Hitler geleistet und sind daher verantwortlich und haftbar für die allgemeine Vergiftung der Welt, was in den nächsten 10 Jahren zu mehr als einer Milliarde Vergiftungsopfern (Krebsjuden) führen wird. Sie sind damit verantwortlich und haftbar für den größten Völkermord der Weltgeschichte.

III. Alle Urteile, Verordnungen, Urteile und Urteile der niederländischen Gerichte, Berufungsgerichte, des Zentralen Berufungsgerichts, des Berufungsgerichts, des Gerichtsrats und des Staatsrats vom 58. Mai 1945 bis heute "im Namen der Königin" sind nicht rechtsgültig.

IV. Alle niederländischen Pässe, Personalausweise usw., die seit dem 5. Mai 1945 bis heute ausgestellt wurden, sind nicht rechtsgültig. Die betreffenden Niederländer sind daher staatenlos.

V. In Anbetracht der Nrn. 1 bis 4 der vorliegenden Schlussanträge können die für den 12. September 2012 angekündigten Wahlen zum Repräsentantenhaus nicht in den Niederlanden abgehalten werden, sondern sind Teil der Wahlen zum Repräsentantenhaus des Parlaments in den Niederlanden abzuhalten. Die Einwohner der ehemaligen Niederlande (zwischen den Flüssen) sind Belgien zuzuteilen und einen belgischen Pass zu beantragen, und der verbleibende Teil ( über den Flüssen?) Deutschland und Beantragung eines deutschen Passes; Denn diese Länder existieren im Gesetz und haben eine Verfassung und ein Verfassungsgericht.

VI. Alle Entscheidungen, Urteile und Urteile des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag gegen Personen, die des Völkermordes, der Verbrechen gegen die Menschlichkeit und der Kriegsverbrechen verdächtigt werden, sind ungültig, weil sie auf dem Territorium eines nicht existierenden Landes auf Empfehlung der Vereinten Nationen verkündet wurden, die vom Hitler-Kabinett aus dem ehemaligen niederländischen Territorium mitunterzeichnet wurde. Darüber hinaus steht dieser "Völkermord" in keinem Verhältnis zum giftigen Völkermord an Milliarden von Weltbürgern auf dem ehemaligen niederländischen Territorium des fortgesetzten Hitler-Kabinetts.

VII. Alle Politiker, politischen Parteien, Privatpersonen, Banken, Institutionen, Unternehmen, Kirchen usw., die seit 1954 bis heute an den geheimen Bilderberg-Konferenzen teilgenommen haben, sind verantwortlich und haftbar für die Vergiftung und den Völkermord an Milliarden von Weltbürgern, der dort vom Hitler-Kabinett aus stattfand, das auf ehemaligem niederländischen Territorium blieb. Eine Kopie dieses Briefes an Prinz Máxima wird daher vor dem 31. Mai 2012 dem derzeitigen belgischen Präsidenten, Etienne Davignon, vorgelegt werden, mit der ausdrücklichen Bitte, dass die geheime Bilderberg-Konferenz vom 31. Mai 2012 bis zum 3. Juni 2012 im Westfields Marriott Washington dulles Hotel, Virginia, abgesagt wird und dass beschlossen wird, dass in Zukunft keine geheimen Bilderberg-Konferenzen mehr organisiert werden.

VIII. Der Benelux-Vertrag mit den Niederlanden muss sofort aufgelöst werden, da die Niederlande seit dem 5. Mai 1945 nicht mehr bestehen und Belgien nicht mit dem Kabinett Hitler in Verbindung gebracht werden möchte, das auf dem ehemaligen niederländischen Territorium fortbestand. Wir werden Sie darüber informieren, indem wir eine Kopie dieses Schreibens an Prinzessin Máxima übergeben, mit der Bitte, Prinzessin Máxima, die europäische Präsidentin, Herman van Rompuy, im Namen der Stiftung gegen Krebs in Brüssel zu diesem Thema zu konsultieren. Wir schlagen vor, dass

König Albert II. Prinzessin Máxima bittet, Präsidentin zu werden, da sie große Schwierigkeiten hatte, dies zum ersten Mal öffentlich zu machen, und unabhängig ist, da sie noch nie an einer Bilderberg-Konferenz teilgenommen hat.

IX. Alle europäischen Verträge, insbesondere der Vertrag von Maastricht und der Vertrag von Amsterdam, sind rechtlich nicht gültig. Diese Verträge wurden auf ehemaligem niederländischen Territorium unterzeichnet, von wo aus das Kabinett Hitler seit dem 18. Mai 1945 besteht, und wurden von einem Mitgliedsstaat der Niederlande mitunterzeichnet, der verfassungsmäßig nicht existiert.

Das bedeutet, daß die Europäische Gemeinschaft nach dieser Zeit wieder zurückgeholt werden muß. vor dem Vertrag von Maastricht mit der Erklärung, dass die Einwohner der ehemaligen Niederlande einen belgischen oder deutschen Nationalisten aufnehmen müssen. Konkret bedeutet das, dass nur noch Belgien, Dänemark, Deutschland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Irland, Luxemburg, Portugal und das Vereinigte Königreich Teil der neuen Europäischen Gemeinschaft sein werden, dass die alten Währungen (mit Ausnahme des Guldens) zurückkommen und dass die Grenzen wieder geschlossen werden müssen, in denen eine neue Politik, eine neue Wirtschaft und ein neues soziales Leben aufgebaut werden können. wo auch unsere Kinder und Enkelkinder wohnen können.

Wir werden eine Kopie dieses Schreibens an Prinzessin Máxima an den derzeitigen Präsidenten der Europäischen Union, Herman Van Rompuy, senden, der auch Präsident des Europäischen Rates ist. Dies mit der Bitte, dies in Brüssel mit Prinzessin Máxima, König Albert II. von Belgien, anderen Personen, die er wünschte, und dem Unterzeichner im Namen der No Cancer Foundation zu besprechen.

X. Die angekündigte europäische Stabilität Der Mechanismus (ESM) kann, wie bereits angekündigt, auf der Grundlage der vorstehenden Ziffern 1 bis 9 nicht am 1. Juli 2012 stattfinden. Wir fordern den derzeitigen Präsidenten der Europäischen Union, Herman Van Rompuy, auf, den Europäischen Rat darüber zu informieren und es so bald wie möglich über die Pressesprecher der Europäischen Union zu veröffentlichen.

XI. das Kabinett Hitler, das seit dem 5. Mai 1945 von niederländischem Territorium aus fortgeführt wurde und von den geheimen Bilderberg-Konferenzen mit Unterstützung des Vatikans und der christlichen Parteien verwaltet wird, von dem mindestens eine Milliarde Weltbürger innerhalb der nächsten zehn Jahre vorzeitig sterben und mindestens eine Milliarde Weltbürger innerhalb der nächsten zehn Jahre vorzeitig an schweren Vergiftungskrankheiten (einschließlich Krebs) sterben werden, müssen sofort vom Heiligen Stuhl verboten werden. Das liegt daran, dass die Zehn Gebote Gottes sehr ernst genommen wurden. Wir werden Papst Benedikt XVI. über diesen Brief an Prinzessin Máxima informieren und ihn bitten: Wir müssen ihnen allen vergeben, damit wir uns für eine neue Welt einsetzen können, in der die Zehn Gebote Gottes tatsächlich eingehalten und vom Heiligen Stuhl auf ihre Einhaltung überwacht werden.

XII. Die Vereinten Nationen in dieser Form müssen aufgelöst werden, weil die Niederlande am 5. Mai 1945 nicht mehr existierten und daher nicht Mitglied der Vereinten Nationen sein konnten. Die Vereinten Nationen wollen auch mit dem Kabinett Hitler in Verbindung gebracht werden, das durch das ehemalige niederländische Territorium ging. Es ist sehr wichtig, dass die Vereinten Nationen aufgrund ihres Netzwerks und ihrer Infrastruktur weiter existieren.

Das brauchen wir dringend, um eine weltpolitische Revolution zu erreichen, in der nicht mehr Milliarden Euro für Subventionen für Produkte und Verfahren ausgegeben werden, die uns massenhaft mit krebserregenden Stoffen wie Arsen und Chrom VI vergiften, sondern dass Geld für unterdrückte Technologien und Produkte natürlichen und pflanzlichen Ursprungs verwendet wird, damit auch unsere Kinder und Enkel ein Leben auf unserer Erde haben. Wir werden daher eine Anfrage an den derzeitigen Generalsekretär der Vereinten Nationen, Ban Ki-moon (Südkorea), in Form dieses ins Englische übersetzten Briefes an Prinzessin Máxima richten.

XIII. Die NATO in dieser Form muss aufgelöst werden, da die Niederlande am 5. Mai 1945 noch nicht existierten und daher kein Mitglied der NATO waren. Die NATO will auch nicht mit dem Hitler-Kabinett in Verbindung gebracht werden, das auf ehemals niederländischem Territorium weitergeführt wurde. Es ist sehr wichtig, dass die NATO aufgrund ihres Netzwerks und ihrer Infrastruktur weiter existiert. Das brauchen wir dringend, um den sozialen Frieden in der EU zu wahren. In den kommenden schwierigen Jahren, in denen mehr als eine Milliarde Weltbürger an Vergiftungskrankheiten (Krebs) sterben werden, als Folge des hartnäckigen Hitler-Kabinetts aus dem ehemaligen niederländischen Territorium unter der Leitung der geheimen Bilderberg-Konferenzen. Wir werden daher einen Antrag an den derzeitigen NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen mit diesem ins Englische übersetzten Brief an Prinzessin Máxima richten, um ihr Ersuchen zu unterstützen.

XIV. Vereine wie der Club of Rome, der Club of Madrid und andere Clubs, Verbände usw., denen die Niederlande angehören, können nicht fortbestehen, da die Niederlande seit dem 5. Mai 1945 nicht mehr bestehen und daher nicht Mitglied dieser Clubs, Verbände usw. sein können.

Wir werden daher die Präsidenten dieser Vereine, Verbände usw. um den ins Englische übersetzten Brief an den Prinzen Máxima bitten.

3. Vorschlag für eine Lösung, in der auch unsere Kinder leben können.

Für eine Lösung, in der auch unsere Kinder und Enkel ein Leben haben können, müssen wir allen vergeben können, die zur Vergiftung unserer Erde beigetragen haben. Deshalb ist es von größter Bedeutung, dass jemand aus der niederländischen Königsfamilie als Vorsitzender diese Wende in der Welt herbeiführt. Wir halten Prinz Máxima für den geeignetsten Kandidaten. Trübe, weil ich eine Geisel bin, dieses Problem der Weltzerstörung, in dem die niederländische Königsfamilie untergegangen ist, die einzige ist, die dies über diese königliche Familie öffentlich gemacht hat und nie persönlich an einer Bilderberg-Konferenz teilgenommen hat und daher unabhängig ist.

4. Bewerbung der No Cancer Foundation bei Prinzessin Máxima

In Anbetracht der oben genannten Tatsachen bitten wir Prinzessin Máxima, dieser Massenvergiftung der Erde und ihrer Bewohner, die von der niederländischen Königsfamilie initiiert wurde, ein Ende zu setzen.

Um dieser unnötigen Massenvergiftung ein Ende zu setzen, bitten wir Prinz Máxima, den Vorsitz des oben vorgeschlagenen Beratungsgremiums zu übernehmen, in dem die No Cancer Foundation vertreten ist.

Bis zu Ihrer Antwort auf diese Anfrage bleiben wir.

Versicherten Sie, Sir, meine höchste Hochachtung.

27. Mai 2012

# **Eric Verbeek Advertisement van Rooij**

# No Cancer Foundation Europäischer anerkannter Sicherheitsbeauftragter

# c.c. White Dragon Company (Benjamin Fulford)

Met de meeste hoogachting

Erik Verbeek Namens No Cancer Foundtion vwz

CC: White Dragon Society (Benjamin Fulford)

Ad van Rooij Europees erkend safety manager

(a) 0

DIKTATUR DER JUSTIZ: IHRE KRIMINELLE ENTHÜLLUNG

AN: ALLE RICHTER, STAATSANWÄLTE UND URKUNDSBEAMTEN IN DEN NIEDERLANDEN

LASS JETZT DEINE ILLUSION VON LEGITIMITÄT LOS. DIE GESETZE, DIE SIE BETREFFEN, SIND IN KRAFT.

Dies sind **WICHTIGE INFORMATIONEN**, die **auch für die NIEDERLANDE gelten**. Ihre Position ist **RECHTSWIDRIG** und wird nach **US-amerikanischem Recht** direkt BESTRAFT.

DIE FARA-DROHUNG: HAFTSTRAFE WEGEN UNRECHTMÄSSIGER ANHÖRUNGEN

Jeder Richter, Staatsanwalt, Gerichtsschreiber MUSS Erklärungen und Ergänzungen als VERTRETER EINES AUSLÄNDISCHEN KLIENTEN registrieren.

Sofern er oder sie **nicht 10 Tage vor jeder Verhandlung eine** WAHRHEITSGEMÄSSE UND VOLLSTÄNDIGE REGISTRIERUNG **beim Generalstaatsanwalt der Vereinigten Staaten eingereicht hat,** drohen ihm 5 **Jahre Gefängnis wegen** Verstoßes gegen die Registrierungspflicht ausländischer Agenten.

DIESE AGENTEN MÜSSEN DEM NATIONALEN SICHERHEITSDIENST DES JUSTIZMINISTERIUMS und dem Generalstaatsanwalt, einschließlich des FOREIGN AGENTS OFFICE, gemeldet werden.

### RECHTSBETRUG UND BANKENKRIMINALITÄT

Alle Dokumente, die von Gerichten unter Verstoß gegen **18 U.S.C. 1717** erstellt werden, führen zu **10** Jahren Gefängnis für NICHT POSTIERBARE PAPIERE mit dem künstlichen *Ens legis* namens Capital Name, was BETRUG GEMÄSS **18 U.S.C. 1341 ist**.

Der letzte Absatz betrifft 30 Jahre BANKBETRUG, UND DAS IST ES, WAS VOR GERICHT PASSIERT: ein FENSTER DER FEDERAL RESERVE BANK für SICHERHEITSANLEIHEN und ZERTIFIKATE.

Dabei handelt es sich um reine **Erpressungsaktivitäten** nach **18 USC 1961 - 1968** und **Piraterie** nach **18 USC 1661 - 1651**.

Nachdem man all diese Fakten gelesen hat, kann man nicht mehr sagen "Ich Habbe es Nicht gewust", man war ein aktiver Teil davon und damit nicht mehr repressiv gegenüber der Bevölkerung in der eigenen Gemeinde.

Die Verhaftung von Rechtsanwalt Arno van Kessel wegen falscher Begründung, um die Täter des Völkermordes anzuklagen, ist völlig gescheitert, wir, die Bevölkerung, verklagen alle Mittäter von der Organisation bis zur Hinrichtung, um der Bevölkerung unter dem Vorwand, dass ihr es für jemand anderen tut, tödliche Injektionen aufzuzwingen, aber mit Zwang und Erpressung, um alte Menschen einzusperren und Kinder zu zwingen, mit einer Biowaffe injiziert zu werden, wo bis heute weltweit mehr als 20.000.000 Menschen daran gestorben sind, aber von den Tätern und Vollstreckern in der Politik mit der Komplizenschaft der Öffentlichkeit und der kommerziellen Sender und Zeitungen in diesem geplanten Völkermord-Projekt verschwiegen wird.

Ende der Meldung

